Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 336 · 28. JAHRGANG · AUSGABE 9/2023 VOM 14. SEPTEMBER 2023 · 1 EURO

7 | »Ortsumgebung«
zum Marktplatz

B 167 neu, Nordvariante, BA 1

8/9 | Weltfriedenstag:
Das »Lied vom Frieden«

Demos in Bernau und Eberswalde

12 | Hommage für einen
konsequenten Paßfälscher

Erinnerungen an Adolfo Kaminsky

»Barnimer Bürgerpost« beim Tag der Vereine

Bernau [bbp-ber]. Die Bernauer Stadtmarketing GmbH (BeSt) veranstaltete am 27. August im Bernauer Stadtpark den Tag der Vereine. Nahezu 60 Vereine, Initiativen und soziale Körperschaften aus der Stadt und seiner Umgebung zeigten einen ganzen Sonntag lang ihre Aufgaben und Talente. Dazu gehörte noch eine Abstimmung zum Bürgerhaushalt, die eigentlich gar nicht nötig war. Nicht nötig? Doch erst einmal von vorn.

Am BeSt-Stand erfreuten sich Besucher des Fests nicht nur am ohnehin üppigen Druckmaterial, welches die gesamte Region präsentiert und sonst in der Tourist-Info zu haben ist. Besonders die neu aufgearbeiteten Rad- & Wanderkarten der Tourist-Information wirken als Magnet. Die neuen großen Falblätter sind eine wundervolle und zugleich praktische Orientierung zum Planen oder Mitnehmen in jeder Radel- und Wandertasche.

Genau daneben zeigte die »Barnimer Bürgerpost« als Verein Präsenz in einem gemeinsamen Stand mit dem Verein Panke-Park Kulturkonvent Bernau e.V. Dessen Vereinsvorsitzender MICHAEL JUNGHANS und Dr. DIETER KORCZAK erläuterten unzähligen Bernauern ihre bereits seit 2002 anhaltende Begleitung und Förderung der großen Verwandlung des riesigen Lagerkomplexes des ehemaligen Reichsbekleidungsamts. Im Ergebnis der Projekte und Beratungen entstand aus dem Backstein-Betonbau, der eine Länge ähnlich der Proraer KDF-Bauten aufweist, eine veritable zeitgemäß moderne Wohnsiedlung. Dazu gehört auch der sanierte Teufelspfuhl, der im Quellgebiet der Panke liegend zwar auch erst während des Baus ausgehoben wurde, aber damals keinen Erholungszweck erfüllte. Heutzutage können wir das Geschenk der Stadt Bernau an seine Bürger – den Pankepark samt See – öffentlich nutzen.

Am selben Tisch stellte THOMAS TOBLER den vielen Besuchern die nunmehr 28-jährige »Barnimer Bürgerpost« (BBP) vor. In Bernau ist kaum bekannt, wie diese Leserzeitung von den Beteiligten gemeinschaftlich organisiert wird. Die BBP war einst angetreten, eine unabhängige Meinungsäußerung abseits kommerzieller Interessen sicherzustellen. Das Konzept funktioniert seit 1995.

Mittlerweile ist die BBP aber auch die einzige verkaufte Zeitung, die im Landkreis Barnim neben der MOZ noch regelmäßig erscheint. Übrigens wird die bbp auch in anderen Landesteilen abonniert. Viele ehemals ansässige Barnimer nahmen ihr Abo einfach mit und genießen so den Kontakt zu ihrer Heimat selbst in der Ferne. Doch das Wichtigste, was am Tag der Vereine sichtbar wurde, ist die Vielfalt der Themen, die unsere Leserzeitung spiegelt – selbst geschrieben von Lesern für Leser.

Auch aktuelle Fragen, wie der Sorge um das Klima und den Frieden, konnte unser Niederbarnim-Redakteur als auch Dr. Korczak mit Standbesuchern ausreichend erörtern und auf viele Beispiele verweisen, wie sich politische Meinungsbildung in einer Mitmachzeitung zensurfrei vollziehen kann. Viele Exemplare der aktuellen und auch vergangener Ausgaben der BBP wurden verkauft und auch Neuabonnements abgeschlossen. Um das Anliegen auch zum Mitnehmen publik zu machen, verteilten wir unseren neuen Flyer an sehr viele Festgäste. Damit war es ein guter Tag an der Seite des Vereins Kulturkonvent Pankepark e.V.

Die »Barnimer Bürgerpost« teilte sich am 27. August zum TAG DER VEREINE im Bernauer Stadtpark einen Stand mit dem »Panke-Park Kulturkonvent e.V.«, der sich für die friedliche Nutzung der Gebäude des ehemaligen Reichsbekleidungsamtes und die Anlage eines Landschaftsparks in der Pankeniederung engagiert. Inzwischen entstanden mehr als 600 Wohnungen und eine Kindertagesstätte. Der Panke-Park wurde im Oktober 2021 offiziell eröffnet.

Zahlreiche Einwohnerinnen und Einwohner aus Bernau und der Umgebung informierten sich über unsere unabhängige Leserzeitung. Manche hörten erstmals von der »Barnimer Bürgerpost«, während andere schon desöfteren die Möglichkeit nutzten, die Zeitung in der Bernauer Buchhandlung »Schatzinsel« zu erwerben.

Foto: Thomas Tobler

Die Veranstaltung umfaßte zudem den »Voting-Day«, die Abstimmung über den Bernauer Bürgerhaushalt. Die Besucher durften aus zugelassenen Vorschlägen zur Stadtverbesserung auswählen, welche Dinge ihnen für die Umsetzung am wichtigsten erscheinen. Die meisten Stimmen erzielte die Tamponversorgung für alle Clubs und die anderen öffentlichen Einrichtungen, gefolgt von einer verbesserten Grillplatzausstattung im Panke-Park sowie der Grundsanierung der Beleuchtungsanlage in der Turnhalle Jahnstraße, dem Sitz des Tischtennis-Clubs.

Doch das Siegertreppchen im Wettbewerb war diesmal gar nicht zwingend nötig. Das Budget des Bürgerhaushalts in Höhe von 100.000 Euro reichte in diesem Jahr für alle zugelassenen Vorschläge aus. Ob diese Aussichten auch für weitere Jahre gelten, wissen wir noch nicht. Was wir sicher wissen, ist die Erfahrung, daß die alte Dame »Barnimer Bürgerpost« auch auf einem Volksfest auf der Höhe der Zeit ist und neue Liebhaber findet.

Eberswalde auf Sparflamme

Nun ist es raus, wo in Eberswalde der Rotstift angesetzt werden soll, damit möglichst bald die unangenehme Haushaltssperre aufgehoben werden kann. Der Nachtragshaushalt mit den vielen roten Zahlen wird erst in den Ausschüssen beraten und dann in der Stadtverordnetenversammlung Ende September beschlossen, so es die Mehrheiten wollen. Der Zoo muß sparen, die Forstwirtschaft, die Kitas, die Instandsetzung von Straßen wird auf Eis gelegt. Hauptsächlich betrifft es Sach- und Dienstleistungen. Da wird das eine oder andere gewünschte Arbeitsmittel nicht beschafft werden können. Das ist ärgerlich. Noch ärgerlicher ist es, wenn Holperstraßen weiter Holperstraßen bleiben.

Aber nicht nur die Stadtverwaltung streicht zusammen. Auch viele Investoren, mit ihnen zusammen medial hochgelobte Wohnungsbauprojekte, streichen die Ausgaben zusammen. Das heißt konkret: Beim »Schwärzblick« tut sich nichts, beim Kupferhammerweg tut sich nichts, an der Eisenspalterei tut sich nichts mit »Finowtal«. Die Gehwege am Rand wachsen zu und auch der Schwärzblick-Acker wird wieder zum Urwald. Dornröschen läßt grüßen!

Mit dem allgemeinen Niedergang verlassen die ersten Ratten das sinkende Schiff. Der Leiter des Stadtmarketing wechselte zum Landkreis. Womit soll man noch Marketing machen? Mit der Zerschlagung des Kranbaus? Nur ein kleines Büro bleibt von der Weltmarktführerfirma übrig. Welch ein Jammer! Der Wirtschaftsdezernent schmeißt auch das Handtuch. Keine königlichen Empfänge mehr. Alles gestrichen, wir müssen ja sparen. Das macht keinen Spaß mehr.

Wenn man seine Liebste heiraten will, geht man am besten nach Weimar oder gleich nach Dänemark. Dann ist die Sache in zwei Wochen erledigt und nicht wie in der Märchenvilla vielleicht nach 2 Jahren. Namensänderungen, die auch für die Betroffenen persönlich wichtig sind, werden gar nicht bearbeitet. Für Geburts- und Sterbeurkunden muß Personal »eingeflogen« werden. Eberswalde ist am Limit.

Zu allem Überfluß will Kaufland den »Kleinen Stern« verlassen und auch der »Heidewald« kommt in Schwierigkeiten, weil dort ein neuer Investor »großartige« Bauprojekte stemmen will. Nur glaubt im Viertel niemand ernsthaft daran. Man fürchtet nur weiteren Niedergang, wie er schon seit Jahren voranschreitet. Woher soll das Geld auch kommen? Am Ende muß alles der brave Bürger bezahlen, doch der hat immer weniger in der Tasche. Wo also soll die Rendite herkommen? Deswegen liegen so viele Projekte auf Eis. Es rechnet sich einfach zur Zeit nicht.

Besserung kann nur eine allgemeine wirtschaftliche Erholung bringen, die ist aber mit den gegenwärtigen Rahmenbedingungen (Inflation, Kostenexplosion, Materialmangel, Fachkräftemangel, Krieg in Europa) wirklich noch lange nicht in Sicht. JÜRGEN GRAMZOW

Der 11. September:

Zerstörte Hoffnungen

Vor 50 Jahren, am 11. September 1973, ertrank in Chile eine Hoffnung im Blut.

Die sozialdemokratisch geprägte Stadtregierung von Eberswalde beging den 20. Jahrestag im Jahr 1993 auf ihre Weise, indem sie den Namen des am 11. September 1973 ermordeten sozialistischen Präsidenten Dr. SALVADOR ALLENDE von den Straßenschildern der Stadt verbannte! Als wolle sie damit zum zweiten Mal Hoffnung zerstören.

Damals in Chile hatte eine aus demokratischen Wahlen hervorgegangene sozialistisch-kommunistische Koalitionsregierung unter Führung Allendes versucht, unter den Bedingungen des bürgerlichen Parlamentarismus, also auf friedlichem Weg, eine demokratische und sozialistische Alternative zu entwickeln. Alternativ zum Kapitalismus, aber auch zum stalinistisch geprägten »Realsozialismus«.

So starb auch Neruda

Text von KURT DEMMLER,
ein Lied der KLAUS-RENFT-COMBO
aus dem Jahr 1973

*So starb auch Neruda,
Starb Villorca, starb sein Freund.
Das geliebte Land mit seinen Weiten,
Seinen Höhn
Ward ein riesiges Grab.
Und da mußst' auch er hinab
Von den Gipfeln seiner Wut,
Von den Gletschern aus
Geforner Traurigkeit.*

*Leb wohl Neruda, leb wohl Poet.
Eh' noch der Condor an Ketten geht,
Reißt er sich das Bein mit den Ketten aus,
Schwingt sich in den Himmel
Und blutet aus ...*

*Ward ein riesiges Grab.
Und da mußst' auch er hinab
Von den Gipfeln seiner Wut,
Von den Gletschern aus
Geforner Traurigkeit*

*Leb wohl Neruda, leb wohl Poet.
Eh' noch der Condor an Ketten geht,
Reißt er sich das Bein mit den Ketten aus,
Schwingt sich in den Himmel
Und blutet aus,
Blutet aus.
Noch im Tode er fliegt.
Seht, seht, seht, den Vogel, seht.
Seht den Vogel unbesiegt.*

Wer die 10. Weltfestspiele in Berlin miterlebt hat, weiß, welche Stimmung, welche Emotionen auch bei uns mit der chilenischen Hoffnung verbunden waren. Einen Monat nach den Weltfestspielen wurden viele der chilenischen Gäste ins zum KZ umfunktionierte Santiagoer Fußballstadion gesperrt, gefoltert, ermordet.

So starb ALLENDE, so starb der Sänger VICTOR JARA, der Volksdichter NERUDA, so starben Tausende.

So starb aber auch eine Hoffnung in der DDR, die in der ersten Hälfte der 70er Jahre zu einer stürmischen geistig-kulturellen Entwicklung geführt hatte. »So starb auch Neruda« sang die Klaus-Renft-Combo, und wurde kurze Zeit später selbst verboten. Der Putsch in Chile schien Beweis zu sein, daß keine demokratische Sozialismusalternative möglich ist.

In Lateinamerika leitete der faschistische Putsch in Chile ein Jahrzehnt der Reaktion ein. In fast allen Staaten wurde die Macht von Militärregimen übernommen. Die europäischen sozialistischen Länder vergaben die letzte Chance einer Erneuerung und endeten 1989/90 in einer allgemeinen Implosion.

Der Imperialismus in Gestalt der USA stand scheinbar als Sieger da. Aber der Wegfall der Ost-West-Polarität macht auch den Weg frei für neue (alte) Wege. Die globalen Probleme sind in keiner Weise gelöst und werden durch die Politik der »Sieger« nur noch weiter verstärkt. Zumindest in Lateinamerika entwickelt sich nach dem Wegfall der sowjetischen Hegemonie eine eigenständige linke Bewegung, die an Einfluß gewinnt.

Betrachtet man die Entwicklung in Europa und in Deutschland, so zeigt sich, daß auch hier letztlich nur die Wahl bleibt zwischen Barbarei und (einem demokratischen) Sozialismus.

... der Vogel fliegt, seht den Vogel,
Seht den Vogel unbesiegt.

GERD MARKMANN

Dieser Beitrag erschien, von geringfügigen Aktualisierungen abgesehen, vor 30 Jahren in »Der Linke Eberspiegel« 9/1993.

Einwohnerversammlungen

Ortsteil Brandenburgisches Viertel: Mittwoch, 20. September, 17 Uhr in der Aula der Grundschule Schwärzesees an der Kyritzer Straße 29
Ortsteil Eberswalde II (Westend, Kupferhammer, Nordend): Donnerstag, 12. Oktober, um 17 Uhr. Der Ort wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Gedenken an Verfolgte des Faschismus

Bernau (bbp-ber). In einer feierlichen Gedenkstunde beging das »Territoriale Bündnis Bernau bei Berlin« am Sonntag, dem 10. September, das Gedenken an Verfolgte des Faschismus in Bernau. In der Veranstaltung berichteten fünf Redner über zum Teil ergreifende Ereignisse aus Bernauer Vergangenheit.

Erinnert wurde an: ALBERT KUBOW

...ein Arbeiter, der bereits am 6. März 1930 an den Folgen einer Schußverletzung im Krankenhaus Bernau verstarb. Täter: ein SA-Mann, Tatort: Vor der Gastwirtschaft Meißel in Röntgental. An jenem Mittwochabend verantwortete der SA-Sturmtrupp Buch-Röntgental einen bewaffneten Angriff auf Mitglieder des Tambourkorps der örtlichen SPD-nahen Reichsbannerkameradschaft. Albert Kubow, Erich Uhlig und Kurt Seifert wurden so beim Verlassen des Lokals »beschossen«, als sie nach Hause gehen wollten. Die Justiz war bereits damals faschistisch unterwandert. Der SA-Hauptakteur wurde nicht etwa wegen Mord oder Totschlag, sondern zu 3 Jahren und 6 Monaten Gefängnis wegen »Gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todeserfolg in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Raufhandel« verurteilt. Für 1930 zählte die »Rote Hilfe« in einer Dokumentation 36 Gemeuchelte auf. Von Mai 1929 bis Dezember 1931 machte man gegen 732 Angehörige des Rot-Frontkämpferbundes den Prozeß.

Erinnert wurde an: ALFRED TOUPS

In der Nacht vom 23. zum 24. April 1932 stachen Faschisten in der Bismarckstraße, der heutigen Karl-Marx-Straße, den Reichsbannerkamerad Kretschmar nieder. Am Folgetag fand in Bernau eine Protestkundgebung statt. In diesen Apriltagen verhandelten der ADGB, SPD und KPD über ein Aktionsprogramm für eine Einheitsfront. Bei diesen Initiativen wirkte auch der Tischler ALFRED TOUPS mit, was ihm die Bernauer Faschisten nicht vergaßen.

Wegen des Verdachts staatsfeindlicher Betätigung ordnete im Dezember 1933 Landrat Dr. WEISS für ihn die Schutzhaft an. Er wurde zum »Moorsoldaten« im Konzentrationslager 1 Börgermoor und 1934 wieder entlassen. Sein Lebensweg schützte ihn nicht vor der Einberufung zur Wehrmacht nach 1940 und zur Teilnahme am Raubkrieg, doch er überlebte.

Bis 1932 erreichten es rote Akteure in ganz Deutschland nicht, den Faschisten Einhalt zu gebieten. Sie bezogen offene Position, wurden aber dafür registriert und auf schwarze Listen gesetzt. Schließlich begann nach dem Abtritt des Reichskanzlers von Papen die bleierne Zeit des Terrors, in der die Reaktion nicht nur offen mit den Faschisten marschierte. Hitler und Co. machten ihre Drohungen wahr und räumten mittels Reichstagsbrandverordnung und Ermächtigungsgesetz auf. In Oranienburg, in der ehemaligen Brauerei, wurde

durch die SA am 21. März 1933 das erste Konzentrationslager in Preußen eingerichtet.

Erinnert wurde an: Wilhelm Gärtner

Der Bernauer Kommunist, geboren am 31. Januar 1897, überlebte seine Odyssee. Im November 1933 in das KZ Esterwegen/Moor verschleppt, ein Jahr später wegen Weiterführung der Arbeit der KPD, bewertet als Vorbereitung zum Hochverrat, verurteilt und in Tegel weggesperrt, Gestapohaft ab 8. Januar 1945 in Potsdam, ebenso wegen Hochverrats, dann Flucht und Rückkehr nach Bernau.

KLAUS-DIETER JÄSCHKE zog den Bogen zu den regionalen Straflagern: »Der Weg zum großen Krieg verlangte innere Stabilität, eine auf dieses Töten ausgerichtete Organisation des Staates, ein politisches System der Ordnung. Eine hochgerüstete Wehrmacht und Instrumente der Disziplinierung, mit dem Anstrich der Legalität. Oberster Gerichtsherr des Reichs wurde Adolf Hitler, nachgeordnet Kommandeure und Befehlshaber ab Divisionsstärke. Dazu Anstalten der Militärjustiz wie des Wehrmachtgefängnisses Anklam im Jahre 1940 und der Wehrmachtgefängnissenabteilungen.

Später gab es Feldstrafgefängnissenlager als Einheiten der Erziehung. Alles Orte, in denen der Mensch zum absoluten Nichts wurde, zu einer Kreatur ohne Recht, Ehre und Würde. Dort, wo heute im Schönfelder Weg gewohnt werden kann, befand sich das Heeresbekleidungsnebenamt und auf diesem Gelände auch die Wehrmachtgefängnissenabteilung.

Diese Häftlinge hatten zu arbeiten, ihre Eignung für den Kriegsdienst unter Beweis zu stellen, um für ein Feldstrafgefängnissenlager geprüft und ausgewählt zu werden, im Kriegseinsatz ihr Leben 'in Ehre' zu geben, als Teil des Volkskörpers. Für Deserteure galt jedoch die Regel: Die Vollstreckung der Freiheitsstrafen darf Ehrlosen und Feigen keinen Anreiz geben, sich dem Frontdienst zu entziehen.«

Erinnert wurde an: Die Toten aus der Wehrmachtgefängnissenabteilung Bernau

In den Akten der Friedhofsverwaltung Sankt Marien in Bernau gibt es einen undatierten Vermerk des Friedhofsgärtners, zu drei wegen Fahnenflucht Hingerichteten:

EGON SCHIER - Todestag 25.2.1945, 19 Jahre alt, Feld-Urteil vom 22.2.1945 wegen Fahnenflucht
KARL-HEINZ HOFFMANN - Todestag 13.3.1945, 24 Jahre alt (keine Grabplatte)

FELIX STARZ - Todestag 31.3.1945, 26 Jahre alt (keine Grabplatte)

Erinnert wurde an: ERICH KLEINKNECHT

Nahe Albertshof ließ die Staatsanwaltschaft Bernau 1953 eine Grabstätte mit 12 Toten exhumieren und auf den Neuen Friedhof umbetten. Laut Überlieferung war die Todesursache Genickschuss. Der jüngste Tote, ERICH KLEINKNECHT, wurde 18 Jahre alt. Ebenso na-

Rednerin Hildegard Bossmann

mentlich bekannt ist darunter PAUL OTTO, wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt, ein Häftling der Wehrmachtgefängnissenabteilung. Er hatte sich drei Tage, bevor die Rote Armee einrückte, noch versteckt – umsonst.

Die Bilanz ist erschreckend: Insgesamt ergaben Forschungen, daß etwa 2,5 Millionen Strafverfahren gegen Wehrmichtsangehörige, einschließlich Gefolge, durch die Wehrmichtsjustiz geführt worden sind. Davon wurden 1,5 Millionen mit Strafen belegt, davon geschätzt 48.000 Todesurteile. Darin nicht enthalten sind die Feldgerichtsurteile der letzten Tage. Diese Gerichte wurden angeordnet von Reichsminister der Justiz THIERACK am 15. Februar 1945.

Das Schlußwort – Mahnung an uns:

»Faschismus und Krieg wurden durch Zwang, Gewalt und Mord im Inneren erhalten bis zu den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges. Wer nicht mitzog, nicht töten wollte, wer sich der Kriegsmaschine entziehen wollte, riskierte Prügel, Verletzung, Lager und Tod. Staatswesen und Krieg werden auch heute durch Zwang aufrechterhalten. Aufrüstung nach innen und außen sind die unübersehbaren Zeichen dieser Entwicklung. Eine Entwicklung, der sich angesichts des mahnen-den Gedenkens an die Opfer des Faschismus heute entgegenzustellen gilt. Heute heißt dies auch, sich einzusetzen für das Recht, sich dem Krieg zu verweigern. Leider steht es darum nicht gut. Gerade im Falle eines Krieges ist das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ein hohes Gut und muß gewährleistet werden. Gedenken heißt, lernen für das Heute.«

Die Verringerung des geplanten Defizits von 5,8 auf 2,3 Millionen Euro resultiert vor allem aus geplanten Mehreinnahmen aus Steuern, Abgaben und Zuweisungen (etwa 4,7 Millionen Euro) und verminderten Sachausgaben (knapp 1,3 Millionen Euro), denen allerdings auch deutliche Mehrausgaben insbesondere für das Personal (fast 2,3 Millionen Euro) gegenüberstehen. Letztere resultieren vor allem aus den inflationsbedingt höheren Tarifabschlüssen. Das war ein wichtiger Anlaß für die erlassene Haushaltssperre. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, wie viele der Personalstellen derzeit unbesetzt sind. Das stellt einerseits faktisch eine »stille Reserve« im Haushalt dar, zeigt aber zumindest zum Teil auch Möglichkeiten für eine effizientere Personalstruktur.

Die Haushaltspolitiker der Fraktionen dürfen die aktuelle Kündigung des Dezernenten für Wirtschaft, Tourismus und Ordnung (Seite 5) als eine Art »Geschenk des Himmels« bewerten. Es bietet sich geradezu an, die vakante Dezernentenstelle zur Straffung der Verwaltungsstrukturen zu nutzen, um langfristig ausgeglichene Haushalte gewährleisten zu können. Allein mit dieser einen Stelle kann ein 6-stelliger Eurobetrag pro Jahr eingespart werden. Ohne Dezernenten entfällt auch die Stelle der Dezernatssekretärin und es wird kein Büro für den Dezernenten samt Vorzimmer gebraucht. Da dürften in der Summe schon mal jährlich um die 200.000 Euro an Minderausgaben zusammenkommen.

Dem Dezernat II waren zuletzt vier Ämter und ein Referat zugeordnet, die inhaltlich den Eindruck machen, als seien sie zusammengewürfelt worden. Genausogut kann man das nun wieder »auseinanderwürfeln«.

Die Ämter für Ordnung (Amt 32) und Brandschutz (37) passen inhaltlich sehr gut in das Verwaltungsdezernat (Dezernat I). Schon wegen der Übersichtlichkeit sollten dann dort perspektivisch einige Ämter zusammengefaßt werden. Insbesondere das Mini-Rechtsamt mit seinen drei Mitarbeitern funktioniert gewiß auch als Sachgebiet des Hauptamtes, das zugleich die Aufgaben des Personalamts übernehmen könnte. Eine Reduzierung um ein bis zwei Amtsleiterstellen wäre hier möglich. Einschließlich Sachkosten verbirgt sich auch hier ein Einsparpotential von rund 200.000 Euro.

Der Tierpark (Amt 83) paßt inhaltlich gut ins Dezernat für Soziales, Bildung und Kultur. Das Amt für Tourismus und Familiengarten (87) als eine Art »Reste-Rampe« aus dem im Frühjahr erneut gescheiterten Wirtschaftsamt, das zuletzt Amt für Stadtmarketing und Tourismus hieß, sollte aufgelöst werden. Der Familiengarten könnte entweder dem Tierpark oder dem Kulturamt zugeordnet werden. Das Kulturamt könnte auch den Aufgabenbereich Tourismus übernehmen, der ohnehin

Stadtverwaltung Eberswalde: **Kündigung als Chance**

Im September entscheiden die Eberswalder Stadtverordneten über den 2. Nachtragshaushalt. Nach dessen Annahme werde der Kämmerer die geltende Haushaltssperre aufheben, heißt es in der Vorlage. Der Nachtragshaushalt beinhaltet noch keine strukturellen Verbesserungen im Sinne einer wirksamen Aufgabenkritik und Optimierung möglicher Doppelstrukturen.

bereits die Tourist-Information integriert ist. Einsparungspotential: Ein Amtsleiter samt Nebenkosten rund 100.000 Euro pro Jahr.

Die Wirtschaftsförderung als eigenes Amt hatte der Vorgänger des jetzigen Bürgermeisters bereits kurz nach seiner ersten Wahl im Jahr 2006 eingeführt. Als Mitglied der FDP war das

wohl ein politisches Muß. So richtig funktioniert hat das nie. Das Amt bestach vielmehr über all die Jahre durch seine sehr hohe Fluktuation. Zuletzt wurde der Bereich Wirtschaftsförderung aus dem Amt herausgeboren und als Referat für Wirtschaftsförderung dem scheidenden Dezernenten direkt unterstellt. Monatelang blieben die bewilligten Personalstellen unbesetzt, was letztlich nicht wirklich ein Handicap gewesen zu sein scheint, denn kaum jemand bemerkte, daß da was fehlt. Mit den in der Vergangenheit aufgelegten Förderprogrammen wurden »Peanuts« verteilt, die bei den Förderempfängern möglicherweise gewisse wohlige Gefühle auslösten, aber die Entwicklung der Wirtschaft in Eberswalde nur sehr marginal beeinflussen konnten. Bestenfalls wurde durch die Subventionen ein bestimmtes Klientel bei Stimmung gehalten. Für den einstigen FDP-Bürgermeister mag das wichtig gewesen sein. Vor allem in Wahlkampfzeiten wollten sich natürlich auch verschiedene kandidierende Parteien als die großen Wirtschaftsförderer darstellen. Auf die wirtschaftliche Entwicklung in Eberswalde, einschließlich der fortschreitenden Deindustrialisierung, hatte das alles kaum Einfluß. Die zu verteilenden Fördermittel waren immer sehr begrenzt geblieben. Meist blieben sie weit unter den Kosten des zur Verteilung dieser Gelder vorgehaltenen Personals. Die Einsparung der drei Referatsstellen erbringt jährliche Einsparungen von rund 200.000 Euro.

Sofern weiterhin eine Wirtschaftsförderung außerhalb der stadteigenen Unternehmen betrieben werden soll, so kann diese Aufgabe ohne weiteres von dem beim Bürgermeister angesiedelten Referat für Smart City und Stadtmarketing übernommen werden, das natürlich auch gemeinsam mit dem bisherigen Sachgebiet Tourismus dem Kulturamt zugeordnet werden könnte.

ZEICHNUNG: JÜRGEN GRAMZOW

Die Aufgaben des bisherigen Dezernats II lassen sich also ohne weiteres auf die bisherigen Dezernate I und IV bzw. den Bereich des Bürgermeisters aufteilen. Hier würden zum Teil konkurrierende Strukturen mit einander ähnlichen Aufgabenbereichen zusammengefaßt werden, was im günstigen Fall Synergieeffekte freisetzt.

Überlegungen zur Straffung der Ämterstruktur sollten natürlich auch das bislang unberührte Dezernat III für Bau und Stadtentwicklung einbeziehen, auch wenn der Bedarf an strukturellen Veränderungen hier aufgrund der bisherigen gut funktionierenden Kontinuität als eher gering erscheint. Dennoch sollte »Aufgabenkritik« auch hier kein Fremdwort sein.

So wäre zu prüfen, ob das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft (60) vielleicht aufgeteilt werden könnte, indem das Sachgebiet Hochbau in das Tiefbauamt (65) integriert wird und die Gebäudewirtschaft mit dem Liegenschaftswesen (Amt 23) zusammengefaßt wird. Denkbar wäre auch eine zukünftige Zusammenlegung der Stadtentwicklung (61) und der Bauordnung (63) in einem gemeinsamen Amt. Spätestens mit der Vakanz einer der Amtsleiterstellen sollte das auf die Agenda kommen. In der Perspektive wären hier zwei Amtsleiterstellen einzusparen, was dem Stadthaushalt etwa 200.000 Euro an jährlichen Kosten ersparen würde.

Die skizzierten strukturellen Änderungen würden insbesondere teures Führungspersonal einsparen. Allein die obigen groben Schätzungen ergeben ein jährliches Einsparpotential von 700.000 Euro. Durch die strukturelle Straffung könnten auch einige der aktuell ohnehin nicht besetzten Mitarbeiterstellen gestrichen werden, weil Doppelstrukturen entfallen und sich gegebenenfalls Synergieeffekte entfalten können. Nach dem Ende der Wahlperiode der derzeitigen Beigeordneten sollte auch dieser Wahlbeamten-Posten wieder abgeschafft werden, was dann mit weiteren Kosteneinsparungen verbunden wäre.

GERD MARKMANN

Und da waren's nur noch drei

Professordezernent König verläßt Stadtverwaltung

Eberswalde (bbp). In der Führungsspitze der Eberswalder Stadtverwaltung gibt es schon wieder Veränderungen. Erst im Frühjahr war mit Bernd Schlüter die eine vierte Dezernentenstelle besetzt worden, verantwortlich für die Bereiche Soziales, Bildung und Kultur. Doch das Gedränge im Rathaus während der Dezernentenberatungen gehört bald wieder der Vergangenheit an.

Wie der Bürgermeister in der letzten Augustwoche die Vorsitzenden der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung informierte, hat Prof. Dr. JAN KÖNIG, der Chef vom Dezernat II für Wirtschaft, Tourismus und Ordnung, seine Kündigung abgegeben.

Dies biete eine Chance, so MIRKO WOLFGRAMM von der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR, »die Verwaltungsstrukturen auch an der Spitze zu straffen«. Dabei sei es durchaus normal, wenn nach der Wahl eines neuen Bürgermeisters mit gewisser Zeitverzögerung auch bei dem vom Vorgänger ins Amt geholten Führungspersonal der zweiten und dritten Ebene gewisse Veränderungen stattfinden.

Die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR hatte sich bereits im Zusammenhang mit der im Mai erlassenen Haushaltssperre dahingehend positioniert, daß »nunmehr endlich die seit längerem angemahnte konstruktive Aufgabenkritik in Angriff genommen werden« müsse. So könnten strukturelle Reserven innerhalb der Stadtverwaltung aufgedeckt und gegebenenfalls Doppelstrukturen aufgelöst werden.

Auch die verschiedenen Prestigeprojekte früherer Bürgermeister sollten auf den Prüf-

stand. »Eine Prüfung der Investitionen auf ihre Notwendigkeit ist nicht zuletzt nötig, weil hier beträchtliche Haushaltsmittel gebunden werden. Denn nicht wenige Projekte werden auf Vorrat vorgehalten, mit der Hoffnung, dafür Fördermittel akquirieren zu können. Die daraus resultierenden Haushaltsübertragungen, durch die liquide Mittel der Stadt in beträchtlichem Ausmaß gebunden werden, sollten im Rahmen des im Herbst fälligen Nachtragshaushalts deutlich reduziert werden.«

Für die geforderte konstruktive Aufgabenkritik stelle der Nachtragshaushalt aber nur der Beginn dar. Neben dem Verzicht auf teure Prestigeprojekte und der Auflösung möglicher Doppelstrukturen in der Verwaltung fordert die Fraktion, daß auch »die in den vergangenen Jahren überhandnehmende einseitige Klientelpolitik, die zuweilen überproportionale Personalkosten verursacht«, auf den Prüfstand kommen sollte. Dabei ist der Fraktion wichtig, betont Mirko Wolgramm, daß »die Bereiche Soziales, Bildung und Bürgerdemokratie nicht dem Rotstift preisgegeben werden«.

Wie Wolgramm abschließend mitteilte, wird die Fraktion am 18. September über die aktuelle Personalangelegenheit und die eventuellen Konsequenzen beraten.

Schülerzahlen im Schuljahr 2023/24

Eberswalde (jg). Im Ausschuß für Jugend, Bildung und Sport gab es neue Zahlen zur Schülerschaft bis zur 6. Klasse.

In Eberswalde gibt es momentan 2.426 Grundschüler (davon 387 bei freien Trägern), die in der Regel dreizügig unterrichtet werden, also drei Klassen je Jahrgangsstufe. Nur in der Schwärzese-Grundschule im Brandenburgischen Viertel wird teilweise vierzügig unterrichtet, was aber nicht notwendigerweise die höchste Schülerzahl ergibt, da die Klassen nicht ganz so groß sind. In der Schwärzese-Schule lernen 430 Schüler, in der Bruno-H.-Bürgel-Schule 412, in der Grundschule Finow 443. Diese drei Grundschulen werden von der Stadt Eberswalde getragen. Die Goetheschule betreut ebenfalls 443 Schüler, die Karl-Sellheim-Grundschule 311, beide stehen in der Trägerschaft des Landkreises. Hinzu kommen drei Schulen in freier Trägerschaft: die Kinderakademie mit 270 Schülerinnen und Schülern, die Waldorfschule mit 55 (einzügig) und ebenfalls einzügig die Montessorischule mit 62 Kindern.

Die meisten Kinder einer Jahrgangsstufe haben die 4. Klassen in der Schwärzeseeschule. Die Waldorfschule konnte erst drei Jahrgänge aufbauen und die Montessori-Grundschule hat keine Klasse mit mehr als zwölf Schülerinnen und Schüler. Die Kinderakademie ist evangelisch ausgerichtet und wird von der Johanniterunfallhilfe getragen, wobei die Klassenstärke immer exakt bei 15 Kindern liegt, was pädagogisch begründet wird. Die größten Klassen (bis 28) gibt es in Finow und an der Bürgelschule. Insgesamt wird in Eberswalde in 119 Grundschulklassen unterrichtet und es gibt 21 Schüler, die die Klasse wiederholen müssen, die meisten davon in der Goethe- und in der Schwärzeseeschule. 429 Schulanfänger gab es in diesem Jahr.

Rentensprechstunde

Eberswalde. Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 11.10., 10-12 Uhr.
Bernau. Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 18.10., 10-15 Uhr.
Nur mit Anmeldung unter 03338/8463.

Systemischer Verfall

Eberswalde (bbp). »Kaufland am Kleinen Stern zieht um«, informierte die Barnimer Bürgerpost bereits im Dezember 2022. Wir hatten von Mitarbeitern erfahren, daß die Kaufland-Filiale im Einkaufszentrum KLEINER STERN in Finow am 18. Oktober 2023 nach Finowfurt verlegt werde. Die firmeninternen Entscheidungen waren gefallen. Anfang August 2023 griff die lokale Tageszeitung das Thema auf und befragte die Fraktionen in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Der BBP-Redaktion liegen die Antworten der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR vor.

Zur ersten Frage, ob die Fraktion seitens der Stadtverwaltung über Gespräche zur Verbesserung der Situation im EKZ KLEINER STERN informiert wurde und, wenn ja, dazu inhaltliche Angaben gemacht werden könnten, antwortete die Fraktion: »Leider können hierzu keine Angaben gemacht werden«. Zur Frage 2, ob es seitens des Eigentümers COMER GROUP Informationen über eventuelle Nachmieter gab, heißt es kurz und knapp: »Nein«. Zur Frage, ob das Eberswalder Rathaus aus Sicht der Fraktion »richtig auf den Auszug des größten Mieters im Kleinen Stern reagiert« habe, lautet die Antwort: »Die Einflußmöglichkeiten der Stadtverwaltung sind zweifellos nach den geltenden Gesetzen sehr begrenzt. Dies gilt insbesondere auch für den ökonomischen Einfluß, der seitens der Stadt geltend gemacht werden könnte. Etwaige Einflußmöglichkeiten hat die Stadt aus der Hand gegeben, als die Entwicklung der wichtigen Stadtteilzentren einschließlich der Grundstücke Anfang der 1990er Jahre in die Macht von Privatinvestoren gegeben wurde.« Was sollte mit dem EKZ KLEINER STERN in Zukunft passieren und wo werde Verbesserungsbedarf gesehen, lautete die Anschlussfrage. »Fehler von Anfang der 1990er Jahre korrigieren«, so die Fraktion, »d.h. Vergesellschaftung bzw. Kommunalisierung der Immobilie«. Zur fünften Frage, wie die Fraktion die Einkaufssituation im Brandenburgischen Viertel generell einschätze, wies sie darauf hin, daß das EKZ KLEINER STERN in Finow stehe, nicht im Brandenburgischen Viertel.

Gegenüber der Barnimer Bürgerpost ergänzte der Fraktionsvorsitzende Mirko Wolgramm: »Wir haben nicht nur das Problem mit einem EKZ, denn eigentlich befinden sich alle drei - also Kleiner Stern, Heidewald sowie die Rathauspassage - im absoluten Niedergang. Sie folgen damit dem internationalen Trend der 'Dead Malls'. Die Konzepte für diese Malls, daß ich bei einem Einkauf faktisch noch zehn Dinge miterledige, funktionieren einfach nicht mehr.«

Bei der COMER GROUP scheint im übrigen der Verfall System zu sein. Schon ein oberflächlich gegoogelter Überblick über die von der Group verwalteten Einkaufszentren ergebe, daß dort überall der Leerstand dominiert.

Zur Verkehrssicherheit gehören sichere Querungsmöglichkeiten auf Kita- und Schulwegen wie Ampeln, Zebrastreifen, Gehwegvorstreckungen und Mittelinseln. Selbst eine konsequente Verfolgung von Regelverstößen durch Geschwindigkeitsüberwachung auch in Tempo-30-Bereichen und gerade im Umfeld von Kitas und Schulen sowie die Ahndung von Falschparkern, besonders an Kreuzungen, wird angemahnt. Ein Schulweg ohne Auto schont nicht nur das Klima und trägt zur Sicherheit im Schulumfeld bei, sondern wirkt sich auch positiv auf die Entwicklung der Kinder aus. Die Behörden werden schlußendlich mit einem Appell aufgefordert, mehr für die Verkehrssicherheit der Kinder zu tun.

Wow! Woher kommt denn solcherart Kompetenz? Vom B.U.N.D. in Berlin. Und das schönste ist, daß deren Projekt »Verkehrssicherheit an Schulwegen« von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klima und Umweltschutz noch gefördert wird. Das ist ein Kompetenzaustausch, wie er an vielen Orten praktiziert wird.

Und wie sieht das in Bernau aus? Hier scheint verwaltungstechnisch, wie man weiß, ganzjährig die Sonne. So erledigen sich viele Angelegenheiten quasi bei gutem Licht. Doch wenn ich an die Zustände am Krankenhaus (Baustelle Parkhaus) oder an die Unterführung der Bahnhofsbrücke (Bahnbrückenbau und Regenwasserkanal) denke, kommt es mir vor, daß seit einiger Zeit von solcherart Sorgfalt jede Spur fehlt. Selbst an einem einfachen Schulweg, wie dem zur Schule am Rollberg via Hermann-Duncker-Straße, muß ich erstmal mein Taschentuch herausholen. Dieser Weg führt über Anwohnerstraßen oh-

Cruising am Rollberg

Eine frohe Kunde zur Verkehrssicherheit an Schulwegen in der Stadt Bernau erreichte uns pünktlich zum neuen Schuljahr. Eine gemeinnützige Organisation unserer Region fordert öffentlich eine sichere Infrastruktur für den Schulweg, insbesondere Tempo 30 im Umfeld von Kitas und Schulen.

ne Fußweg und liegt seit vielen Jahren in einer Tempo-30-Zone. Gut gelöst, könnte man meinen, doch die Zone ist nur ein Fortschritt der Wendejahre. Danach passierte nichts mehr. Pünktlich ab Schulbeginn cruisen dort morgens zwischen 7 und 8 zig PKW auf drei Meter breitem Behelfs asphalt mit den Schülern um die Wette um die besten Lehrerparkplätze. Der Gefahrencocktail ist gewürzt mit Dieselkisten von Handwerksbetrieben, die genau zu dieser Zeit durch die Tempo-30-Zone eiligst an die Arbeit fahren. Alle Protagonisten teilen sich kunstvoll umeinander kreisend den Durchgangsverkehr bis zur Bundesstraße 2 oder der Sachtelbenstraße, deren Durchlaßfähigkeit wiederum fast auf Null tendiert. Die Sammelstraße erfüllt nicht mehr ihre Funktion, da sie an zwei Stellen einspurig eingeschränkt betrieben wird und zudem ampelbedingt in einem irregulären Stoßbetrieb genutzt wird.

Höhepunkt in der Morgenstunde sind jedoch die Radlader des TE-Be-Straßenbau aus der angeschlossenen Multi-Straßenbauzone des Puschkinviertels. Diese zuckeln mit wipender Schaufel durch die Menge, da sie für Asphalt gar nicht konstruiert sind und deshalb nicht grundlos gar keine Straßenzulassung besitzen. Die Frequentierung erfolgt zudem ganztägig, sodaß es auf der Hand liegt, daß die verkehrsrechtliche Anordnung des Bauamts in Sachen Verkehr von und zu den Ausfahrtstraßen der Bauzone nur für die Kotz-

tüte taugt. Kontrolle des Verkehrs? Fehlanzeige. Der große Vorteil liegt natürlich auf der Hand: Keinerlei Regeln beschneiden die Kunstdarbietungen auf dem Schulweg.

So gedeihen in dieser ordnungstechnischen Wildnis neue Parkordnungs-Biotop in »art of brumm«. Entlang des Schulwegs reihen sich auf den öffentlichen Grünstreifen parkende Autos, garniert von Eckenparkern, welche sich mutig unterhalb des 5-Meter-Limits an die Kreuzungswinkel der Tobias-Seiler-Straße oder Rollenhagenstraße kleben. Das muß so sein, denn es wäre ja auch viel zu schade, diesen Engpaß für Müllfahrzeuge der BDG nicht vollständig auszureizen. Selbst die Schüler lernen davon. Sie springen bei herankurvenden Staubfängern gekonnt in die Lücken zwischen den Autos und wissen mittlerweile sehr wohl, wann sie ihre Deckung wieder verlassen dürfen. Diese nicht enden wollende Harmonie wiederholt sich jeden Wochentag. Die letzte Generation lernt was fürs Leben und ihr eigenes späteres Dasein am Lenkrad. Und wem verdanken wir dieses Lehrstück? Dem Ordnungsamt. Das hat sich gefühlt seit der Eröffnung der umliegenden Baustellen, also seit Frühsommer 2022, nicht mehr blicken lassen. Trotzdem fragt sich bei diesem Anblick derweil mein weinendes Auge, ob das behördlicherseits nur Dummheit ist oder schon angeordnete Unterlassung?

THOMAS TOBLER

Das in Bernau auf einem ehemaligen, zuletzt von der Sowjetarmee genutzten Kasernengelände entstandene »Wohngebiet Rutenfeld« bleibt nicht allein. Dieses vor vielen Jahren gebaute Wohnviertel endete am Bernauer Ortsrand, dem Grenzweg, der die alte Kaserne in zwei Teile teilte. Nun ist entschieden, auch das unbebaute Areal auf der Ladeburger Seite zu bebauen, wofür schon 2022 Beräumungen anliefen.

Leider enthält der Bebauungsplan einen für diese Wohngegend untypischen höheren Ausbau als die ringsum übliche Geschöfshöhe von 1,5. Auch muß für das neue Wohngebiet der wilde Birkenwald weichen, der seit den 90ern ein sehenswertes Dickicht um die zerfallenden Militärgaragen spannte. Diese Wildnis haben viele Anwohner gemocht, denn sie war die letzte grüne Oase ganz oben auf dem Rollberg, ein Fixpunkt der Natur wider die kleinbürgerlichen Schottergärten. Nun ist das Wäldchen fort – Ladeburgs Kommerz geopfert.

Einmal Rutenfeld und wieder zurück

Aktuell streiten sich nun die Bernauer Kommunalpolitiker um moralische Auslegungen, denn es geht offenbar nicht nur einfach um Wohnhäuser. Soweit ich mich erinnere, haben die Volksvertreter aus dem Ortsteil Ladeburg bislang noch zu JEDER Bebauung ihr Ja und Amen gegeben, solange es sich nicht um die Umgehungsstraße für Bernau drehte. Baugelände werden gewöhnlich so organisiert, daß Wohnquartiere ausnahmslos auf neu urbanisierten Flächen errichtet werden – Arealen, die der Natur weggenommen werden. Das Erschaffen funktionstüchtiger Ökosysteme kommt da nicht vor.

Wie komme ich eigentlich auf »Ladeburg«? Weil sich die diskutierte »Nördliche Grenzwegbebauung« in der Ladeburger Gemarkung abspielt – nicht auf Bernaus Seite. Dazu muß man wissen, daß sich jeder verkehrliche Zuwachs durch Ladeburgs Neubauten direkt auf den Verkehr in Bernau auswirkt.

Ob nun Kirschgarten, Rollberg oder Akazienweg – alle Anbindungen Ladeburgs zu Bernau und damit zur Autobahn oder Berlin werden auf Basis von Bernauer Straßenlast abgewickelt. Deshalb war und ist eine Umgehung der B2, die inzwischen zur Landesstraße L200 herabgestuft wurde, in der Senke hinter dem Rollberg essentiell für Bernau, wurde aber seitens Ladeburg stets abgelehnt. Solch eine Straße quer durch den Ort wäre ja nicht naturnah – so hieß es damals.

Den Meinungen aus der »Bernauer Lokalpolitik« stehe ich daher skeptisch gegenüber, denn es haben schon 2001 einige Protagonisten an alten Rechnungen gebastelt, die bis heute nachwirken. Ladeburg wurde im Zuge von Schönbohms Gemeindereform Brandenburg in die amtsfreie Stadt Bernau eingegliedert. Der Preis dafür ist landläufig bekannt.

THOMAS TOBLER

Einwendungen zur B 167 neu, Nordvariante, 1. Bauabschnitt »Ortsumgehung« zum Marktplatz

Finowfurt/Eberswalde (bbp). Die Planungsbehörde des Landes Brandenburg hatte die Ferienzeit genutzt, die vorgeschriebene öffentliche Auslegung der »geänderten Planunterlagen zum Zwecke der Planfeststellung für den Neubau der Ortsumgehung B 167 Finowfurt/Eberswalde« zu erledigen (BBP 8/2023). Hierbei geht es um den 1. Planungsabschnitt zwischen Finowfurt und der L200 in Eberswalde-Nordend. Am 4. September lief die Frist aus, um sich mit Einwendungen an das Landesamt für Bauen und Verkehr in Hoppegarten zu wenden.

Angeregt von der Bürgerinitiative »Gegen die B 167 neu« nutzten mehrere Einwohnerinnen und Einwohner aus Schorfheide-Finowfurt und Eberswalde die Chance, sich zu den Planungen zu Wort zu melden. Nachfolgend geben wir eine Zusammenfassung der vorgebrachten Inhalte, die in drei Schwerpunkte gegliedert werden können:

- Berücksichtigung der bisherigen Einwendungen, die ja in den neu ausgelegten Unterlagen, wie von Ihnen auch zugesagt, erkennbar behandelt und erörtert werden mußten.
- Änderungen im Vergleich zu den bisher ausgelegten Unterlagen
- Neue, jetzt verbindlich geltende gesetzliche Rahmenbedingungen

Bisher vorgetragene Einwendungen

Der Vorhabenträger hat mitgeteilt, daß er die Einwendungen zum Gegenstand von Änderungen machen wird. Er teilte weiter mit, daß er nicht alle Einwendungen berücksichtigen kann. Tatsächlich wurde, soweit erkennbar, nicht eine einzige Einwendung gewichtet, geschweige denn berücksichtigt. Daher wird begrüßt, daß das Landesamt entschieden hat, daß die bisher vorgetragenen Einwendungen vollinhaltlich bestehen bleiben.

Zu den wesentlichen Aspekten gehört der fehlende Bedarf für den Bau der B 167 neu. Zumindest wird ein verkehrlicher Bedarf nicht nachgewiesen. Ein volkswirtschaftliches Erfordernis für die neue Straße wird ebenfalls nicht dargelegt. Beides ist jedoch zwingend erforderlich und notwendige Voraussetzung für den Beginn von Planungen.

Die Bezeichnung OU (Ortsumgehung) trifft nicht zu. Eine »OU« wird üblicherweise geplant, um den innerörtlichen Verkehr zu entlasten. Der erste Planungsabschnitt, um den es hier geht, führt jedoch zwangsläufig den Gesamtverkehr auf den Marktplatz Eberswalde, direkt vor das Rathaus. Der innerörtliche Verkehr wird also keineswegs entlastet, sondern vielmehr in der engeren Innenstadt von Eberswalde deutlich verstärkt.

Hinzu kommen zusätzliche Belastungen in der Stadt durch den Querverkehr von und zu den verschiedenen Knoten, also zu einer zusätzlichen Belastung des Binnenverkehrs.

Die Entscheidung für Variante 1 (Nordvariante) ist nicht das Ergebnis eines ergebnisoffenen Vergleichs mit den Varianten 2 (südlich Finowfurt und nördlich Flugplatz) und Vari-

ante 3 (südlich Flugplatz und Wohnbebauung Eberswalde). Es wird mit Behauptungen argumentiert: geringste Kosten, geringste Eingriffe in den Naturraum und größtmögliche Entlastung des Binnenverkehrs. Diese Behauptungen werden jedoch nicht bewiesen, nicht einmal plausibel begründet. Sie sind angesichts umfangreicher Untersuchungen zweier Ingenieurbüros, hier DR. SCHNEEWOLF und DR. HUNGER, und fundierter Erläuterungen zu den Nachteilen der Nordvariante falsch. Entsprechende Beispiele sind Inhalt der bisherigen Einwendungen.

Die Marienwerder Straße (B167alt) in Finowfurt wird, auch nach Rückbau der derzeitigen Anbindung an die BAB 11, nur geringfügig entlastet. Statt dessen kommt es jedoch zu einer höheren Belastung des innerörtlichen Verkehrs in Finowfurt (Querverkehr unter Nutzung der B 167 alt), weil ja erst die Knotenpunkte der B 167 neu angefahren werden müssen, um die Autobahn zu erreichen.

Nach der Entscheidung der Gemeindevertretung Schorfheide vom 19.11.2022, die Zustimmung zum Vorhaben zu widerrufen, wird es – faktisch als Strafe – den zusätzlichen Knotenpunkt mit entsprechender Anbindung an innerörtliche Straßen in Finowfurt nicht geben, so daß die benachbarten Knoten zusätzlichen Verkehr aufnehmen müßten, wozu die vorhandenen Straßen erst als leistungsfähige Anbindung ertüchtigt werden müßten. Das lehnt der Vorhabenträger jedoch ab.

Die B 167 neu führt im Bereich Finow in der Angermünder, Altenhofer, Brücken- und Dorfstraße sowie Coppistraße zu einer erheblichen zusätzlichen Belastung. Zudem ist zu erwarten, daß noch mehr Schwerlastverkehr von der Schiene und vom Wasserweg auf die Straße verlagert wird. Die Havel-Oder-Wasserstraße (HOW) mit dem Eberswalder Hafen (nördlich der B 167 neu) wird von der Stadt Eberswalde wirksam abgeschnitten.

Alle Erholungs- und Wohngebiete nördlich der B 167 neu werden von der übrigen Wohnbebauung abgetrennt, sind nur auf langen Umwegen erreichbar. Sie werden in ihrem Erholungs- und Wohnwert und Marktwert dauerhaft geschädigt und deshalb in der Folge voraussichtlich aufgegeben, sind jedenfalls nur noch eingeschränkt nutzbar.

Das betrifft den CAMPINGPLATZ ÜDERSEE, die Wochenendsiedlung »Kiesschütte«, das Natur-

freundehaus, die Siedlungen Conradshöhe, An den Tongruben, Barschgruben und Mäckersee, Clara-Zetkin-Siedlung und Musikerviertel Lichterfelde, das Gewerbegebiet nördlich der HOW in Lichterfelde bis schließlich zum Naherholungsgebiet am stillgelegten Abschnitt der HOW Eberswalde-Nordend.

Die Einstufung der B 167 neu als »vordringlicher Bedarf«, obwohl ein solcher Bedarf überhaupt nicht nachgewiesen und erkennbar ist, beruht auf der Nennung eines Nutzen-Kosten-Verhältnisses (NKV = 10), bei dem weder der Nutzen noch die Kosten korrekt berechnet wurden. Der angebliche Nutzen beruht überwiegend auf der Behauptung einer Fahrzeiteinsparung von 20 Minuten für beide Bauabschnitte. Doch der zweite Bauabschnitt liegt in weiter Ferne, d.h. er befindet sich in einer sehr frühen Planungsphase und es ist noch gar nicht festgestellt, ob er überhaupt realisierbar ist. Mehrere anerkannte Naturschutzverbände und auch Stadtverordnete und Stadtverwaltung haben entschiedenen Widerstand gegen den 2. Planungsabschnitt angekündigt (BBP 8/2023). Für den 1. Planungsabschnitt bis zur L 200 Eberswalde-Angermünde kann keine einzige Minute Fahrzeiteinsparung ausgewiesen werden, eher kommt es zu Verzögerungen. Zudem ist es fehlerhaft, für die Berechnung den gesamten Fahrzeugstrom heranzuziehen, also einschließlich der mindestens 85 Prozent Quell-, Ziel- und Binnenverkehr Eberswalde. Wenn – nach Realisierung des 2. BA – tatsächlich eine Einsparung ausweisbar sein sollte, dann betrifft diese lediglich den überörtlichen Verkehr, der weniger als 1000 Fahrzeuge pro Tag ausmacht.

Die Kosten, die für die Berechnung des NKV angesetzt wurden, beruhen auf einem frühen Planungsstand und auf Preisbasis 2010. Danach wurden Planänderungen, weitere Bauwerke und teilweise dreistreifiger Ausbau vorgesehen. Kosten für besonders aufwendige aber sicher notwendige Maßnahmen der Baugrundvorbereitung sind, soweit erkennbar, überhaupt nicht enthalten. Es kann als sicher angenommen werden, daß 13 km Straße in schwierigem Gelände und mit kompliziertem Baugrund, teilweise dreistreifig mit 25 Bauwerken, davon 14 teilweise große Brückenbauwerke, nicht für 55 Millionen Euro realisiert werden können. Dieser Einwand wurde bisher kommentarlos zur Kenntnis genommen und lange Zeit bestritten. Er konnte offenbar nun nicht mehr ignoriert werden. Nun plötzlich gibt es die »Genehmigung«, Gesamtkosten in Höhe von 106 Millionen Euro anzusetzen. Voraussichtlich wird auch dieser Betrag für die Realisierung des 1. BA nicht ausreichen.

Der NKV ist somit auf der Grundlage realer Zahlen neu zu berechnen. Dabei müssen auch die schädlichen Folgen für den innerörtlichen Verkehr in der Region berücksichtigt werden.

Waffen gegen Rußland

»Der Kanzler lacht, man hat ihn lang' nicht so gelöst gesehen« heißt es in einem Lied des großen Georg Kreisler. Vom Urlaub und seinen Sommerbesuchen bei den »Werkstätigen« ausgeruht, ist er wieder da – unser aller Kanzler und nun darf damit gerechnet werden, daß Deutschland TAURUS-Marschflugkörper an die Ukraine liefern wird; wenn nicht, dann müßte er ja Rückgrat beweisen (wie sein Vorgänger Schröder), das aber kommt bei westlich sozialisierten Amtsträgern nur sehr selten und nur bei Geringfügigkeiten ohne Karrierewirkung vor und ist bei diesem Fehlgrieff sicher nicht zu erwarten. Ein gewisses Maß an Taubheit gegenüber den Zeichen der Zeit läßt sich wohl nicht übersehen.

Aber vielleicht ist auch an dem Gerücht etwas dran, daß Pistorius ihn alsbald ablösen könnte; dann würde der von Frau Baerbock ausgerufene Krieg gegen Rußland näherrücken können. Und wer könnte dann wohl noch dem Charme der Frau Strack(s)-Zimmermann widerstehen? Man tröstet sich jetzt damit, daß man die Raketen-Software auf »angenehme kurze« Entfernungen einjustieren kann. Die Ukraine hat gute Softwarespezialisten, die die Raketen später auch eigenverantwortlich auf russische Ziele neu justieren können.

Mit ihrer Politik verstößt die Ampelregierung übrigens auch gegen den Geist des Einigungsvertrages zwischen zwei souveränen Staaten, die beide Atomwaffen ablehnten und deklariert die sogenannte »friedliche Revolution« zu dem, was sie wirklich war: ein veramschter Ausverkauf der DDR. Niemand protestiert, sind doch die widerständigen Bürgerrechtler alle gut versorgt worden.

Jetzt ist es schon so weit, daß klar ist, wofür die neuen Rheinmetall-Flugzeuge (für geplante 8,3 Milliarden Euro) dienen sollen; wenn sie fertig sind, dann sollen sie US-Atombomben ins Ziel (welches wohl) transportieren; in den öffentlich-rechtlichen Kommentaren läßt man gar keinen Zweifel mehr aufkommen!

Putin ist nur das ukrainische Feigenblatt, hinter dem die Kräfte des deutschen militärisch-industriellen Komplexes ihre Blöße verstecken können.

Nun hat es auch das Denkmal »Mutter Heimat« in Kiew getroffen; die ukrainisch-nationalistische Geschichtsklitterung hat die sowjetischen Symbole (Hammer und Sichel) entfernt, als hätten die »ukrainischen Bandera-Helden« den Krieg gegen Nazi-Deutschland geführt und gewonnen und nicht zur Ermordung von Juden, Polen und sowjet-russischen Amtsträgern gemeinsam mit den SS-Horden beigetragen. Wem das nicht ganz einleuchtet, dem seien die »Tagesthemen« vom 25.07.2023, 22.45 Uhr, über den Zustand der »ukrainischen Demokratie« empfohlen.

BERND C. SCHUHMANN

Das »Lied vom Frieden«

Tino Eisbrenner im »Kleinschmidt« und in Bernau

Eberswalde (bbp). TINO EISBRENNER, Jahrgang 1962, bezeichnet sich selbst als »Songpoet«. Viele in der DDR sozialisierten Menschen kennen ihn als den Sänger und Songschreiber der Mitte der 1980er Jahre sehr erfolgreichen Band »Jessica«. Ab 1987 war er auf Solopfad unterwegs. Sowohl mit »Jessica« als auch solo gab es LPs bei der DDR-Plattenfirma Amiga. Nach 1990 weitete er sein Engagement weltweit aus und verbrachte u.a. viel Zeit in Lateinamerika.

Am 3. September war der »Songpoet« zu Gast im Eberswalder »Café Kleinschmidt«. Zwei Tage vorher war er am Weltfriedenstag zum Friedensfest der Partei »Die Linke« in Cottbus eingeladen, an dem auch Parteichef MARTIN SCHIRDEWAN teilnahm. Doch Eisbrenner wurde schließlich ausgeladen. Die Begründung: Sein Auftritt in Moskau bei dem internationalen Festival »Weg nach Jalta« sei »geschmacklos« gewesen. Deswegen wolle man ihn »am Weltfriedenstag nicht dabei haben«.

Das Festival finde, so Eisbrenner gegenüber der Tageszeitung »Junge Welt« (in der Ausgabe vom 6. September), seit ein paar Jahren jeweils um den 8. Mai herum statt, ursprünglich auf der Krim, inzwischen aus Sicherheitsgründen in Moskau. Das Festival »Weg nach Jalta« erinnert an die berühmte Konferenz von Jalta, in der die späteren Siegermächte USA, Großbritannien und Sowjetunion über die Nachkriegsordnung in Europa berieten.

»Dieses Festival«, so Tino Eisbrenner, »ist ein Wettbewerb, bei dem Künstler verschiedener Länder zusammenkommen und die Lieder, die in der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges entstanden sind oder davon handeln, in ihre Sprache übersetzen und interpretieren... Es geht darum, das Andenken an den Großen Vaterländischen Krieg zu bewahren, eine Maßnahme,

die ja in Deutschland immer mehr abgebaut wird. Und ich fand, daß die Teilnahme eines ausgerechnet deutschen Künstlers da zu allen Zeiten und in jedem Moment wichtig ist.« Er habe sich daher beworben und belegte am Ende den zweiten Platz.

2021 wurde Tino Eisbrenner von den Linken in Mecklenburg-Vorpommern als Direktkandidat zur Landtagswahl aufgestellt. 2023 war er von der Parteiführung nicht mehr erwünscht.

Es gebe eine große Kluft zwischen den alten und den jungen Linken, hat Eisbrenner im Rahmen seiner Kandidatur erfahren können. Daran seien »die jungen Linken nicht unbedingt schuld ..., denn man muß ja bedenken, daß seit 30 Jahren linke Bildung überhaupt nirgendwo erteilt wird«. Hinzu käme »natürlich, daß Karrierepläne linken Ideen und Haltungen sehr oft antagonistisch gegenüberstehen. Und so dient man sich eben auch gern mal der Kriegstreiberei der Regierung an, indem man deren verlogene Politik mit Maßnahmen gegen die eigenen Leute oder auch verbündete Künstler deckt.«

Ein wachsender Teil der Linken, so Eisbrenner, lasse sich das »nicht länger bieten«. Statt in Cottbus trat der Songpoet am 1. September schließlich im Rahmen der Weltfriedenstag-Veranstaltung in Bernau auf. Unter anderem habe er das Lied »Kraniche« gesungen, »das russische Friedenslied, das ich auch in Moskau sang. Und natürlich singe ich auch immer wieder mein 'Lied vom Frieden!'«

Gemeinsam mit MICHAEL JUNGHANS und Dr. DIETER KORCZAK vom Verein Panke-Park Kulturkonvent Bernau e.V. (vgl. Seite 1) pflanzte Tino Eisbrenner im Pankepark in Bernau bereits 2022 eine Kastanie als Symbol für Frieden und Pazifismus.

Willkommensinitiativen tauschen Erfahrungen

Der Flüchtlingsrat Brandenburg und das Aktionsbündnis Brandenburg lädt die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Willkommensinitiativen in Brandenburg am Mittwoch, den 27. September, von 17 bis 19 Uhr zu einem digitalen Treffen ein.

Angesichts der Kommunal- und Landtagswahlen im kommenden Jahr und der oft scharfen politischen Debatten um die Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden, wollen wir den Austausch mit Initiativen und Vereinen, die Geflüchtete unterstützen und sich für Integration und Teilhabe einsetzen, intensivieren. Das Treffen soll dabei nur ein erster Auftakt sein zu einem breiteren Erfahrungsaustausch und einer Stärkung des gemeinsamen Netzwerks.

Bei unserem Treffen wollen wir u.a. fragen: Wo stehen die Initiativen zur Zeit? Wie laufen in den jeweiligen Kommunen die Debatten

um die Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden? Wo braucht es Unterstützung, wo können wir voneinander lernen? Und was können wir gemeinsam tun für ein solidarisches Handeln und konstruktive politische Debatten vor Ort? Wir freuen uns auf Berichte von verschiedenen Initiativen und einen Erfahrungsaustausch!

Die Zugangsdaten für den Zoom-Raum können per eMail unter kontakt@aktionsbündnis-brandenburg.de erfragt werden.

SASCHA SCHIESSL und STEFAN TENNER (Aktionsbündnis Brandenburg), VINCENT DA SILVA (Flüchtlingsrat Brandenburg)

Marktplatz Eberswalde:

Gegen Krieg und Faschismus

Der Chor IWUSCHKA ließ es sich nicht nehmen, am 1. September, dem Weltfriedenstag, seinen Beitrag zur traditionellen Friedenskundgebung auf dem Eberswalder Marktplatz zu leisten. Mit dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg, der mehr als 60 Millionen Menschen das Leben kostete, darunter allein 27 Millionen Einwohnern der Sowjetunion. Das heutige Rußland sieht sich in der Tradition des opferreichen Kampfes gegen den deutschen Faschismus. Im blutigen Krieg in der Ukraine beziehen sich die ukrainischen Machthaber hingegen auf die Traditionen der Bandera-Nationalisten, die offen mit den deutschen Faschisten kollaborierten und u.a. viele Tausende Juden und Polen ermordeten.

An der diesjährigen Veranstaltung zum Weltfriedenstag nahmen etwa fünfzig bis hundert Menschen teil. Die meisten hielten allerdings, warum auch immer, einen gewissen Abstand ein und saßen auf den Bänken unter den Platanen oder am Springbrunnen (»Pißrinne«) und trauten sich nur sporadisch ins »Zentrum des Geschehens«.

Zeitgleich feierte sich das regionale Establishment im wunderlichen Kreishaus selbst. Wie zu erfahren war, ging es wohl um »30 Jahre Landkreis Barnim«. Eingelassen wurden nur geladene Gäste. Unter anderen wurde der Eberswalder Bürgermeister Götz Herrmann gesehen, der daher keine Zeit fand, mal bei der Weltfriedenstag-Kundgebung vorbeizuschauen. Durch die Glaswände des wunderlichen Eingangsbereiches waren weißgedeckte Tafeln zu sehen, an denen u.a. für die eingelassenen Gäste Sekt ausgeschenkt wurde...

Deutsch für Ausländer mit Nancy Faeser

Wir lernen die Laute a und b.

A, wer a sagt, muß auch b sagen! a, b, - ab -

ab, an, auf, in... Das sind Präpositionen!

Schieben, schob, geschoben, das sind die drei Stammformen des Verbs schieben.

Präpositionen können mit Verben verknüpft werden.

Z.B. aufschieben, wenn wir etwas nicht gleich erledigen wollen, schieben wir es auf.

Wir bilden einfach Sätze aus dem Gelernten!

Wir schieben an. Das sagen wir nur bei Sachen, z.B. ein Auto anschieben. Anschieben sagen wir nicht bei Menschen. Bei Menschen heißt es: abschieben. Wir schieben ab.

Man kann Verben auch substantivieren, auch zusammengesetzte Verben. Da sprechen wir dann von der Abschiebung.

Na schön, sprechen wir von was anderem: einen Karren schieben, z.B. eine Schubkarre.

Einen Handwagen aber zieht man. Wir merken uns die Verben schieben und ziehen!

Einen Spielstein schiebt man, man kann mit ihm aber auch ziehen: z.B. beim Mühlespiel.

Da ist man dann am Zug.

Das kennen Sie sicher, die Zwickmühle, das ist ein Kompositum, ein zusammengesetztes Substantiv aus dem Verb zwicken und dem Substantiv Mühle. Wir sagen: In der Zwickmühle sitzen, wenn man sich in einer ausweglosen Situation befindet, aus/weg/los – das kennen Sie gut.

Aus ist eine Präposition, Weg ist das Substantiv, wir setzen zusammen: der Ausweg. Das ist der Weg aus einer schwierigen, vielleicht auch gefährlichen Lage. Ausweg = Fluchtweg? Ja, wenn ein Haus brennt, dann z.B. ist der Fluchtweg der Ausweg, der aus dem brennenden Haus hinausführt.

Was schieben wir noch? Eine Entscheidung, wenn wir uns nicht entscheiden wollen oder entscheiden können, dann schieben wir die Entscheidung auf.

Und dann gibt es noch die Abschiebung, die verfügt das BAMF, aber das kennen Sie schon, das müssen wir nicht im Unterricht behandeln.

Wir bemühen uns ja um gutes Deutsch.

HARTMUT LINDNER

Ukrainische Kulturrevolution

Der antirussische oder modern ausgedrückt, der russophobe Maßnahmenkatalog von Selenskyjs Bandera-Erben umfaßt bisher:

- Desowjetisierung der Soldatenfriedhöfe (Demontage von Sowjetsternen usw.)
- Sturz des Denkmals Katharinas der Großen in Odessa
- Abbau von Denkmälern, u.a. von Puschkin, Gagarin, Nikolai Ostrowski
- Desowjetisierung der »Mutter Heimat« Kiew
- Verbot von Russisch in Radiosendern
- Verbot von Russisch als Amtssprache
- 300 Straßen und fünf Metrostationen warten in Kiew auf ihre Umbenennung.

In den baltischen Nachbarstaaten gibt es ähnliche Tendenzen. So bereitet Lettland die Ausweisung russischer Staatsangehöriger vor, die keinen Sprachtest in Lettisch nachweisen. In Litauen gibt es mehr Gedenktafeln für Kollaborateure der Nazis als jemals Lenin-Statuen. Hierzu hörte man bisher von Frau Baerbock, der Ministerin für das Wahre und Schöne – nichts!

BERND C. SCHUHMANN

Abschiebungen gefährden Leben!

Sprung vom Balkon

Eberswalde (bbp). Schon wieder hat sich ein von Abschiebung bedrohter Mensch vom Balkon gestürzt. Am Morgen des 5. September klingelte die Polizei in Eberswalde an der Tür seiner Wohnung. Ihm war unklar, ob er oder sein Mitbewohner nach Pakistan abgeschoben werden sollte. In einer Panikreaktion springt der junge Mann vom Balkon im 5. Stock. Lebensgefährlich verletzt kommt er ins Krankenhaus.

Das BÜNDNIS BARNIMER BÜRGERASYL SOWIE Freundinnen und Freunde des Betroffenen riefen für den folgenden Freitag, den 8. September, zu einer Demonstration vom Hauptbahnhof Eberswalde bis zum Markt auf. »Wir kritisieren das aggressive und unmenschliche Vorgehen der Polizei und daß zum wiederholten Mal bei Abschiebeversuchen im Barnim Menschen in Lebensgefahr gebracht wurden«, so die Aufrufer. »Wir fordern ein sofortiges Ende aller Abschiebungen! Rassismus tötet!«

Vor zweieinhalb Jahren, am 11. März 2021, war SALAH TAYYAR aus dem Tschad vom Balkon seiner ebenfalls im 5. Stock gelegenen Wohnung in der Senftenberger Straße aus Angst vor einer Abschiebung in den Tschad in den Tod gesprungen (BBP 4/2021). An der Praxis der Barnimer Abschiebungsbehörde änderte das nichts. Immer wieder werden Menschen, die seit vielen Jahren in der BRD leben, teilweise unter Einsatz heftiger Polizeigewalt abgeholt und oft ohne Gepäck und Geld in ihre Heimatländer geschafft (BBP Winter/2022).

Ganzheitliche Ernährung (31)

Welche Lebensmittel können Ihnen bei Niereninsuffizienz helfen? Sie sollten sich auf jeden Fall eiweißarm ernähren, dies bedeutet konkret, daß Sie an einem Tag nicht mehr als 0,8 Gramm Eiweiß pro Kilogramm Körpergewicht zu sich nehmen sollten. Wenn Sie also 70 Kilogramm wiegen, dann sollten 56 Gramm Eiweiß nicht überschritten werden. Bei 100 Kilogramm Körpergewicht sind 80 Gramm Eiweiß das Maximum pro Tag. In jedem Fall sollten Sie pflanzliches Eiweiß bevorzugen. Auf *Nüsse und Samen* sollten Sie komplett verzichten.

Dafür kann jedes frische *Gemüse* bei Ihnen auf dem Speiseplan stehen. Fertigprodukte sollten Sie, wenn überhaupt, nur in Maßen zu sich nehmen. Gemüsesäfte sollten Sie dagegen eher meiden.

Auch bei frischem *Obst* können Sie nach Herzenslust wählen, es steht Ihnen die gesamte Palette offen. Auch Marmelade und Konfitüre können Sie gerne verzehren. Verzichten sollten Sie dagegen auf jegliche Art von Trockenfrüchten. Auch Obstsaften sollten, genauso wie Fruchtsaftgetränke, nur in geringen Maßen konsumiert werden.

Bei *Fleisch und Wurst* sind mageres Schweinefleisch und Geflügelprodukte zu empfehlen. Auf Schweineleber sollten Sie verzichten.

Bei *Fetten und Ölen* ist von Erdnußbutter und Erdnußmus abzuraten, ansonsten stehen Ihnen alle Sorten offen, egal, ob pflanzlich oder tierisch.

Kartoffeln in allen Varianten sind ebenso zu empfehlen wie Haferflocken, Grieß und Reis. Allerdings sollten Sie auch hier von Fertigprodukten eher Abstand nehmen.

Teigwaren ohne Hühnereier sind wie Mehlspeisen und alle Sorten *Brot* zu empfehlen. Aber achten Sie bitte darauf, daß das Brot aus eiweißarmem Mehl hergestellt wurde. Nicht auf Ihrer Einkaufsliste sollte salziges Gebäck stehen, auch Käsegebäck und Brezeln sollten vermieden werden. Alle Arten von Gebäck, das mit normalem Backpulver hergestellt wurde, ist nicht empfehlenswert. dasselbe gilt für alle Arten von Backmischungen.

Milchprodukte wie Quark, körniger Frischkäse, Sahne und Camembert sind zu empfehlen, dagegen sollten Sie auf Hühnerei, Schmelzkäse und Milch mit 3,5% Fettanteil verzichten.

Welche *Getränke* sind geeignet? Mineralwasser, Kaffee und Tee können Sie gerne zu sich nehmen. Auch Zitronensaft ist empfehlenswert. Dagegen sollten Sie alkoholhaltige Getränke nur in sehr geringen Mengen konsumieren und Instantgetränke vollkommen vermeiden. Ebenso wie alle Getränke mit dem Zusatz von Phosphor. Phosphor ist in vielen Energydrinks enthalten, ebenso in Cola.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

»Mario Kart im realen Leben«

Der Verein GEMEINSCHAFT WERNEUCHEN E.V. setzt sich ab sofort verstärkt für die Förderung lokaler Jugendinitiativen ein und beweist damit Engagement für Kreativität und Teamgeist. In den diesjährigen Sommerferien gestaltete und unterstützte der Verein tatkräftig und finanziell eine unterhaltsame Aktion zusammen mit Initiatorin Melanie Freese vom JUGENDTREFF WERNEUCHEN.

Unter dem Motto »Wir übertragen das Computerspiel Super Mario Kart ins reale Leben«, halfen die Mitglieder des Vereins und die Mitarbeiter des Jugendtreffs bei der Umsetzung dieser ungewöhnlichen Idee. Der Jugendtreff Werneuchen erhielt eine großzügige Sachspende im Wert von rund 400 Euro von der Gemeinschaft Werneuchen e.V. in Form von sechs Bobbycars sowie authentischen Super-Mario-Kostümen für die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen.

Die Jugendlichen nahmen die Herausforderung an, die Bobbycars mit kreativen Ideen

und viel Spaß zu »pimpen«, um das schnellste Vehikel zu bauen. Obwohl ein Pappspoiler keinen echten Geschwindigkeitsschub verleihen mag, trug er definitiv zur schnelleren Optik bei. Die Rennstrecke, die eigens für das Event auf dem Parkplatz des Werneuchener Sportplatzes gestaltet wurde, war keineswegs einfach zu bewältigen. Die für die Bobbycars eigentlich schon körperlich zu großen Kinder und Jugendlichen stellten ihre sportlichen Fähigkeiten unter Beweis, indem sie unter volstem Körpereinsatz, teilweise auf Knien, drei Runden lang durchhielten.

Aber das war nicht alles – um das Mario Kart-Erlebnis real werden zu lassen, konnten die Jugendlichen durch das Erwürfeln von Items wie Bananenschalen, Schildkrötenpanzern, Geistern und Turbo-Pilzen ihre Mitstreiter überraschen und überholen.

Die Aktion war ein voller Erfolg, und es war fantastisch zu sehen, wie die jungen Menschen ihre handwerkliche Kreativität zeigten und was aus den Bobbycars am Ende geworden ist. Wir sind alle sehr beeindruckt, was da in kürzester Zeit entstanden ist. Unser Ziel ist es, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und unseren Jugendtreff vor Ort zu unterstützen. Der Verein wird auch am 14.10. beim Kinderfest des Jugendtreffs in Werneuchen wieder mit dabei sein.

SABINE BÜTTNER, Vorsitzende des Gemeinschaft Werneuchen e.V.

FOTO: SABINE BÜTTNER

Henry mit gepimten Bobbycar

Hilfsverein zieht um RB 63 bis Templin?

Wandlitz (bbp). Liane Kilinc vom Wandlitzer Verein FRIEDENSBRÜCKE-KRIEGSOPFERHILFE E.V. hat über ihren Telegram-Kanal mitgeteilt, daß es im Monat September keinen Hilfstransport in den Donbass geben werde. Dafür seien im August zwei Transporte mit jeweils 20 Tonnen Hilfsgütern nach Donzek gefahren.

»Die Verteilung und Hilfe vor Ort werden wieder durch mich begleitet, vom 4. bis 10. September.« Die Transportpause begründet Kilinc damit, daß der Verein mit seinem Lager in Moskau umzieht. Ab Oktober gehe es dann weiter, so die Wandlitzerin, die wegen der Verfolgungen durch staatliche Organe der BRD und zunehmenden Bedrohungen durch ukrainische Migranten im Frühjahr nach Moskau flüchtete.

Wer die »Hilfe für den Donbass« unterstützen möchte, findet die Kontaktdaten auf der Internetseite des Vereins (www.fbko.org).

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Bürgermeister Götz Herrmann stellte jüngst ein weiteres Mal klar, daß die Stadt Eberswalde nach wie vor die Reaktivierung der Regionalbahn RB63 zwischen Joachimsthal und Templin unterstützt. Gemeinsam mit dem Barnimer Landrat Daniel Kurth und den Hauptverwaltungsbeamten von Anliegerkommunen sei die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner mehrfach öffentlichkeitswirksam dafür aufgetreten.

Angesichts der aktuellen Haushaltssperre in Eberswalde kann indes von der Stadt kaum erwartet werden, daß sie auch künftig den Betrieb dieser Regionalbahn oder entsprechende Machbarkeitsstudien, die diesem Ziel dienen, finanziell unterstützt. Über eine solche Unterstützung können die Stadtverordneten erst nach Aufhebung der Haushaltssperre und im Rahmen eines neuen Haushaltsplanes diskutieren und entscheiden.

Bürgerbeteiligung zum Radwegekonzept

Eberswalde (bbp-ber). Der Landkreis Barnim erarbeitet aktuell zusammen mit dem PLANUNGSBÜRO RAMBOLL als Dienstleister ein Radverkehrskonzept für den Landkreis Barnim. Ziel ist es, ein sicheres und attraktives Radverkehrsnetz für alle Radfahrenden zu schaffen. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger waren bis zum 10. September eingeladen, sich im Rahmen einer Onlinebeteiligung aktiv einzubringen.

Eines steht schon fest – die Beteiligungsmöglichkeit wurde rege genutzt, um für das gesamte Kreisgebiet kartiert Markierungen zu setzen. Die Technologie erlaubte, bereits Einträge nach Kategorie in Mängel der Wegführung, Maßnahmenvorschläge oder Positivbeispiele, die an anderen Punkten helfen könnten, vorzunehmen.

Bis zum ersten Septemberwochenende waren bereits 292 Meldungen zum Alltagsverkehr, 70 Meldungen zum touristischen Verkehr sowie 66 Meldungen allein zum schulischen Verkehr online gesetzt worden. Nach Abschluß der Beteiligungsphase werden diese Daten durch das Planungsbüro ausgewertet und aufbereitet, um nach fachlicher Prüfung in den Entwurf des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Barnim einzufließen.

Leider zeigt sich durch die Beteiligung auch, daß viele Bürger je nach Problembereich teilweise unter dauerhaft inakzeptablen Zuständen in der verkehrlichen Situation leiden müssen. So erfuhren wir von einem Bernauer Verkehrsteilnehmer, daß er im Ergebnis mehrfach negativer Erfahrungen auf einem Abschnitt des Usedom-Radwegs dauerhaft leidet. Gemeint ist die bereits früher schon in der Presse erwähnte Fahrradstraße zwischen

Ladeburg und Lobetal. Dieser durch Wald und Feld führende Abschnitt hat für Bernauer, die ohne ohrenbetäubenden Lärm direkt zum Biesenthaler Becken gelangen wollen, eine Schlüsselstellung. Alle anderen Wegführungen nach Norden haben entweder gar keinen Radweg, wie die Landstraße nach Lanke, sind durch Pferdeausritte mehr oder weniger zertrampelt, oder sind sehr laut (B2-Radweg Bernau-Rüdnitz-Biesenthal).

Der Radfahrer war auf dieser Strecke beruflich unterwegs, mußte aber mehrfach verständnislose Szenen hinnehmen, was auch Haßbekundungen oder lebensgefährliche Momente einschloß. Dies habe ihn nachhaltig traumatisiert und sein Leben zusätzlich stark eingeschränkt. Zudem mußte er erleben, daß seine Appelle zur Hilfe nicht gehört wurden. Seine Meldungen interessierten weder den ADFC noch das Sekretariat des Bernauer Bürgermeisters. Auch die Polizei war in der Aufarbeitung von angezeigten Vorgängen nicht hilfreich. Diese Behörde verfährt bei Verkehrsdelikten im Zeugenaussage-Verfahren mit den gleichen Methoden wie bei allen anderen Delikten. Bedrängte Radfahrer, die sich als Opfer mit einer Anzeige wehren, sind einer endlosen Formularschlacht ausgesetzt, obwohl sie eigentlich psychischer Betreuung bedürften. Damit verfestigen sich traumatisierende Ereignisse. Schlußendlich ist zu konstatieren, daß sich Probleme, die durch Anordnung oder Betrieb von Verkehrswegen ergeben, individuell verheerend auswirken können, ohne daß sich irgendjemand darum kümmert. Durch Fehlkonstruktionen wie diese Fahrradstraße, in der selbst Bus- und LKW-Verkehr erlaubt ist, werden Bürger unversehens zum Opfer und sozial isoliert, wobei aggressive Nutzer des öffentlichen Raums davon profitieren, obwohl sie bewußt oder unbewußt in einer Täterrolle agieren.

Daß diese Fahrradstraße eigentlich eine Autofahrerpiste darstellt, die nur das Label Fernradweg umgehängt bekam, ist allen Insidern klar. Der Skandal ist nur, daß bisher niemand in der politischen Ebene diesen Knoten auflöst. Auch im vorschriftenreichen Deutschland gilt, daß Leid nicht wahrgenommen wird, umso weiter es von uns entfernt ist.

Landschaft im Barnim mit Radweg.

FOTO: SEBASTIAN WUNDERLICH

Windräder überschreiten Lärmgrenzwerte

Bernau (bbp). Obwohl im dichtbesiedelten Speckgürtel Berlins gelegen, ist Bernau inzwischen in drei Himmelsrichtungen (Norden, Osten, Süden) von Windkraftanlagen umgeben.

Dies führte in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Beschwerden wegen Lärmbelastungen. Im Ortsteil Nibelungen mußten die Windkraftanlagen nach Messungen nachts gedrosselt werden.

Nun gibt es erneut Beschwerden, diesmal im Ortsteil Birkholz. Die nahegelegenen Windkraftanlagen gaben kreischende, schleifende Geräusche von sich. Bis zu 75 Dezibel wurden gemessen, 40 Dezibel sind nachts zulässig. Péter Vida (BVB/Freie Wähler) stellte dazu eine Anfrage im Landtag Brandenburg. 1.000 Meter Mindestabstand reichen für die neuen Riesenwindräder nicht mehr aus.

Klimainitiativen vorgestellt (3): Fachverband Förderung der Miyawaki-Methode

LUKAS STEINGÄSSER und STEFAN SCHARFE sind Absolventen der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Im Rahmen ihrer Abschlußarbeit **pflanzten sie im Herbst 2020 den ersten sogenannten »Tiny Forest« (Miniwald)** Deutschlands. Das Projekt stieß auf so große Resonanz, daß sie im Anschluß den gemeinnützigen Verein Miya e.V. gründeten. Sein Ziel ist es, die von dem japanischen Professor Akira Miyawaki entwickelte innovative Pflanzmethode publik zu machen. Es geht dabei um das Anlegen standortgerechter, hochdiverser Waldökosysteme auf sehr kleinen Flächen ab 100 qm, vor allem im urbanen Raum. Wichtiger Bestandteil dabei ist die Einbeziehung von Kindern und anderen Freiwilligen, u.a. bei gemeinschaftlichen Pflanzaktionen. Ihnen wird dabei umfangreiches ökologisches Wissen vermittelt. Solche Miniwälder erfüllen vielfältige ökologische Funktionen und tragen zum Klimaschutz und einer verbesserten Klimaresilienz der Städte bei. Gemeinsam mit Stiftungen, Kommunen und Bildungseinrichtungen sind inzwischen zahlreiche Miniwälder gepflanzt worden. 600 Kinder sowie Helferinnen und Helfer waren bisher beteiligt. Auch für Eberswalde ist so ein Miniwald geplant. Die Eberswalder Bündnisgrünen honorierten dieses Engagement mit dem 2. Platz ihres Umweltpreises für das Jahr 2022.

THORSTEN KLEINTEICH

Stadtteilbibliothek

Überraschenderweise, oder auch wieder nicht, wird unsere Stadtbibliothek im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio zur Mehrzahl von 16225-Einwohnern besucht und genutzt. Entsprechende Statistiken gab es jüngst im Eberswalder Ausschuß für Kultur, Senioren und Integration. Das belegt wieder einmal die Aufgabe, mindestens eine Zweigbibliothek im Postleitzahlbereich 16227 zu realisieren, entweder in Finow oder im Brandenburgischen Viertel. Nach Altersklassen besuchen vor allem Kinder und ihre Eltern die Einrichtung. Ältere Einwohner (über 50) nutzen das Leseangebot weniger. Nutzer kommen auch aus dem ganzen Umland, sogar aus Wandlitz und Oderberg, aber nur im Promillebereich, mit Ausnahme von Finowfurt. Der Vor-Corona-Stand der Nutzung ist wieder erreicht, sowohl bei aktiven Ausweisen wie auch bei Ausleihen. Schul- und Kitagruppen haben die Bibliothek fest im Besuchsprogramm, dazu gehören auch Leseveranstaltungen mit Kindern. Aber auch Autorenlesungen für Erwachsene gibt es regelmäßig.

Hommage für einen konsequenten Paßfälscher

*Beyond Borders: Adam Shatz über Adolfo Kaminsky (LROB, 16.Feb. 2023) *- Teil II*

Im Teil I erlebten wir den Lebensweg von Adolfo Kaminsky, Sohn russischer Juden mit argentinischer Staatsangehörigkeit im faschistisch besetzten Frankreich, bis zum Ende des 2. Weltkrieges. Nach der Ermordung eines Arbeitskollegen und dem Tod seiner Mutter begann er 17jährig Sprengkörper für die örtliche Widerstandsgruppe zu bauen. Im Jahr 1944, inzwischen im Rahmen der Judenverfolgung verhaftet, aber als argentinischer Staatsbürger wieder auf freien Fuß gesetzt, kam er in der Nähe von Paris in Kontakt mit der Résistance. Der gelernte Färber entwickelte sich zu einem sehr erfolgreichen Paßfälscher.

Gefälschte Pässe für Displaced Persons und ein Fotostudio Für die Kofferträger der FLN

Bald wurde er in sein altes Metier zurückgeholt. Die erste Anfrage in der Nachkriegszeit kam von einem ehemaligen Kameraden aus der Résistance, der Papiere für jüdische displaced persons brauchte, die nach Palästina gehen wollten. Kaminsky lehnte zunächst ab. Er wollte nicht in illegale Aktionen verstrickt werden. Aber nach einem Besuch eines Flüchtlingslagers in Deutschland änderte er seine Meinung. Die Männer und Frauen hatten gerade den Krieg überlebt und wollten nun ein neues Leben in Palästina beginnen.

»Ich persönlich hatte mit Palästina nichts zu schaffen, ich war kein Zionist. Aber ich verteidigte die Idee, daß jedes Individuum, vor allem, wenn man es jagte und sein Leben in Gefahr war, das Recht hatte, sich frei zu bewegen und auch Grenzen zu überschreiten, um frei den Ort für sein Exil zu wählen.«

Während der folgenden zwei Jahre fälschte Kaminsky Dokumente für die HAGANAH und ihre Rivalen in der STERN GANG, einer terroristischen Gruppe, die von JITZACK SHAMIR geführt wurde.

Damals, als Kaminsky ihnen half, redete er sich ein, am Aufbau eines jüdisch-arabischen Landes, das sich von Englands Herrschaft befreite, mitzuwirken. Aber die Terrorakte der Stern Gang gefielen ihm nicht...

Kaminsky empfand schon den Krieg 1948 als demütigend und noch mehr die Errichtung eines rein jüdischen Staats. »Beinah wäre ich auf den Zionismus hereingefallen«, gestand er 2020 in einem Radiointerview, aber der grobe antiarabische Rassismus, den er bei einem Besuch Israels kurz nach dem Krieg beobachten konnte, belehrte ihn eines Besseren. Er hat es niemals bereut, Juden dabei geholfen zu haben, dort einzuwandern, aber er hat wiederholte Angebote, ihm einen Orden des Staats Israel zu verleihen, abgelehnt...

In den 50er Jahren ließ er sich als Fotograf nieder und betrieb ein Fotostudio in Paris. Er machte Porträtaufnahmen, reproduzierte Kunstwerke und machte Standfotos für Filme... Seine Schwarzweißaufnahmen von Prostituierten, Straßenmuskanten, Clochards und Antiquaren, die 2019 im Museum für Jüdische Kunst ausgestellt wurden, zeigen eine Eleganz in der Komposition und eine Leidenschaft für die Pariser Halbwelt, die an Brassai und Cartier-Bresson erinnern.

Gegen Ende 1957 erhielt er Besuch von ANNETTE ROGER aus Marseille, die zu den Kofferträgern, den französischen Unterstützern der algerischen Befreiungsfront (FLN) gehörte. Die Kofferträger schmuggelten Geld und Dokumente für die FLN, sorgten für sichere Passagen und Aufenthaltsorte für algerische Aktivisten in Westeuropa. Roger fragte ihn, ob er für die FLN Papiere herstellen könnte. Kaminsky mußte nicht lange überredet werden. Er war zu Beginn der 50er Jahre Zeuge der Unterdrückung der Muslime durch die französische Verwaltung geworden, als er sich zu einem Urlaub in Algerien aufhielt und schämte sich dafür, »ein Weißer und ein Franzose zu sein«...

Kaminskys Fotostudio ermöglichte ihm seine Arbeit für die FLN, für die er kein Geld annahm, denn dies, sagte er, hätte ihm den Eindruck vermittelt, er sei ein Söldner. Weil er seine Dienste unentgeltlich anbot, konnte er sie auch jederzeit einstellen, »wenn die Sache eine Wendung nehmen sollte, die mir nicht gefallen hätte, zum Beispiel, wenn sie Terroranschläge gegen Zivilisten ausgeführt hätten.«

Für die Gruppe Solidarität

Seit Mitte der sechziger Jahre war Kaminsky für das internationale Netzwerk der Gruppe »Solidarität« der wichtigste Fälscher und stellte Dokumente für den Widerstand gegen den Diktator Duvalier auf Haiti her, für den Widerstand gegen das Regime Belaguers in der Dominikanischen Republik, für ANC-Kämpfer, Angolaner, Bissau-Guineaner und US-amerikanische Kriegsdienstverweigerer.

Der deutsch-jüdische Aktivist Daniel Cohn-Bendit, der aus Frankreich ausgewiesen worden war, konnte 1968 rechtzeitig nach Frankreich durchschlüpfen, dank Kaminskys Künsten - »mein einziger Beitrag zur Mai-Revolution«, sagte Kaminsky.

Er fälschte Papiere für Kämpfer aus Mexiko nach dem Studenten-Massaker 1968, für tschechische Dissidenten nach der Niederschlagung des Prager Frühlings. All diese Rebellen mit unterschiedlichen und manchmal auch einander widersprechenden Zielen, hatten eines gemeinsam, einen Kaminsky-Paß.

Im Dezember 1971 besuchte er seinen Kontaktmann Curriel in der Rue Rollin, und deponierte dort zwei Koffer mit seiner Ausrüstung. »Pass auf die Sachen auf«, sagte er zu Curriel

und flog nach Algerien... Als Veteran des Unabhängigkeitskampfes und Symbol der internationalen Anziehungskraft der FLN lebte Kaminsky in Algerien. Er arbeitete als Professor für Fotografie und »er genoß die seltene Brüderlichkeit des Volks und des Staates«. Er hatte keine Illusionen bezüglich des repressiven Charakters der FLN und der Korruption, riet aber zu Geduld, denn Algerien hatte die Unabhängigkeit erst errungen...

Rückkehr nach Paris

1981 verließ Kaminsky Algerien, weil er von Islamisten bedroht wurde. Er war ein Ausländer, ein säkularer Linker und Intellektueller und daß er Jude war, sprach auch nicht zu seinen Gunsten. Er kehrte mit seiner Familie nach Paris zurück und arbeitete mit meist straffälligen Jugendlichen, deren Eltern aus Nordafrika stammten in einem Vorort von Paris. 1992 erhielt er die französische Staatsbürgerschaft. - HL.

Er wahrte aber seine Distanz zu den Behörden. Als die Ethographin GERMAINE TILLION, eine Überlebende von Ravensbrück, ihm vorschlug, seine Aufnahme in die Ehrenlegion zu vermitteln, lehnte er das ab.

Antifaschismus und antikolonialer Widerstand – sein Leben

Er betonte, daß seine Arbeit für die Algerier und andere unterdrückte Gruppen auch eine Hommage für die Opfer des Nationalsozialismus war. »Mein Leben als Fälscher war ein langer, ununterbrochener Weg des Widerstands, denn nach dem Nazismus leistete ich Widerstand gegen Ungleichheit, Segregation, Rassismus, Ungerechtigkeit, Faschismus und Diktatur.« Kaminskys Kritiker konnten nicht begreifen, weshalb er sich in weitentfernte Konflikte einmischte und dadurch Inhaftierung oder gar seine Ermordung riskierte.

Manche sahen nicht den durchgängigen Faden, der anticolonialen Widerstand und Antifaschismus verband.

Kein Mitglied der französischen Regierung wohnte seinem Begräbnis im Januar 2023 auf dem Pariser Friedhof PÈRE LACHAISE bei, man hat es dem algerischen Botschafter überlassen, einen Blumenstrauß am Grab abzulegen.

* die Zwischenüberschriften sind vom Übersetzer HARTMUT LINDNER eingefügt, der Text wurde gekürzt. Adam Shatz ist der Herausgeber des LROB für die USA. Teil I in BBP 8/2023.

Alle SPD-Ortsvereine für Kurt Fischer

Schorfheide/Joachimsthal (bbp). Mitte August trafen sich die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Joachimsthal-Schorfheide, um am Kreistagswahlprogramm der Barnimer SPD für die Kommunalwahl 2024 zu arbeiten und den Kreisvorsitzenden KURT FISCHER parteiintern als Landtagsabgeordneten für die ebenfalls 2024 stattfindende Landtagswahl zu nominieren. Die Nominierung erfolgte einstimmig, wie schon zuvor in den beiden anderen Ortsvereinen der SPD im Landtagswahlkreis 13, der die Stadt Eberswalde, die Gemeinde Schorfheide und das Amt Joachimsthal umfaßt (BBP 8/2023).

Die offizielle Aufstellung des Landtagskandidaten findet dann am 12. Oktober in Joachimsthal statt, was nach den einstimmigen Nominierungen nur noch als Formalität angesehen wird.

»Kurt kenne ich als eine aufgeweckte und ungemein engagierte Persönlichkeit. Ob in seiner Arbeit als Unterbezirksvorsitzender, in den vergangenen Wahlkämpfen oder bei allen anderen Belangen - auf Kurt ist stets Verlaß! Als damaliger Juso-Vorsitzender hat er mich als Neumitglied aufgenommen und sofort in die kommunale Politik eingebunden. Dieses erar-

beitete Vertrauen spiegelt sich nun auch in der einstimmigen Nominierung unseres Ortsvereins wider«, lobt FERDINAND BREHME, Vorstandsmitglied des Ortsvereins Joachimsthal-Schorfheide den Nominierten. »Wir freuen uns sehr auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Kurt.«

Der Gelobte bedankte sich »ganz herzlich für das sehr große Vertrauen. Von allen drei SPD-Ortsvereinen im Wahlkreis vor der offiziellen Aufstellung nominiert worden zu sein, bedeutet mir sehr viel. Das zeigt: Die Barnimer SPD steht geschlossen zusammen und ist bereit für die intensive Wahlkampfzeit. Gemeinsam werden wir starke Ergebnisse bei der Kommunal-, Europa-, und Landtagswahl erzielen. Wir haben allen Grund, optimistisch in das Superwahljahr 2024 zu gehen - packen wir es an.«

HARDY LUX, der seit 2019 das Direktmandat im Landtagswahlkreis 13 inne hat, nachdem er den AfD-Kandidaten in der Stichwahl knapp überflügeln konnte, steht nach seiner ersten Wahlperiode nicht als neuerlicher Kandidat zur Verfügung.

Im Wahlkreis 14 (Bernau, Panketal) hat die SPD inzwischen die Bernauerin MAXI SCHMIDT als Direktkandidatin aufgestellt und RON STRASSBURG für die Landesliste nominiert.

FOTO: CHRISTIAN HARTPHEL

FOTO: BVB/FREIE WÄHLER

Die Kandidatenauswahl für die Brandenburger Landtagswahl 2024 hat begonnen. Für die Barnimer SPD soll Kurt Fischer im Wahlkreis 13 als Direktkandidat antreten. Seine Parteikollegin Maxi Schmidt hat das Votum für die Kandidatur im Wahlkreis 14 bereits erhalten. Der Bernauer Ron Staßburg will über die Landesliste in den Landtag einziehen (linkes Foto v.l.n.r.). Im Wahlkreis 15, der die ländlichen Regionen des Landkreises zwischen Eberswalde und Bernau repräsentiert, will die Wählervereinigung BVB/Freie Wähler mit der Biesenthaler Tierärztin Dr. Sabine Buder ins Rennen gehen.

Für Frieden und gegen Faschismus

Aktivitäten der RotFuchs-Regionalgruppe in Bernau

Bernau (bbp). Wie die Regionalgruppe Bernau und Umgebung des RotFuchs-Fördervereins informiert, hatte zum Weltfriedenstag am 1. September der Kreisverband Barnim der Partei Die Linke um 16.30 Uhr am Deserteurdenkmal in der Bernauer Mühlenstraße zur Demonstration aufgerufen. Es müsse andere Wege als Krieg geben, um Konflikte zu lösen.

Eine Stunde später, um 17.30 Uhr, veranstaltete dann das Friedensbündnis Panketal und der Runde Tisch Bernau eine Kundgebung mit Demonstration. Die Bernauer Rotfüchse ließen auch die Kundgebung der Friedenskoordination um 18 Uhr an der Neuen Wache Unter den Linden in Berlin nicht unerwähnt.

Die Gedenkveranstaltung zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus am 10. September um 10.30 Uhr am Odf-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau wurde vom Territorialen Bündnis Bernau und Umgebung gemeinsam mit der RotFuchs-RG gestaltet (Seite 3).

Am 23. September, um 15 Uhr, organisiert die Regionalgruppe dann eine Veranstaltung zum Thema »Kampf um die Köpfe und Herzen im politischen Geschehen - Eine Annäherung!«. Hierzu gibt es eine filmische Einführung. Der Diskussionsnachmittag findet im STADTMAUERTREFF, An der Stadtmauer 12, in Bernau (ehemalig AWO-Treff) statt.

Seitenwechsel

Biesenthal (bvb). Die Wählervereinigung BVB/Freie Wähler bekommt prominente Unterstützung. Die Biesenthaler Tierärztin Dr. SABINE BUDER ist ab sofort Teil des Teams von BVB/Freie Wähler. Die 39-Jährige ist in Land und Bund keine Unbekannte. Als Newcomerin holte sie bei der Bundestagswahl 2021 das beste Erststimmenergebnis für die CDU in ganz Brandenburg und verpaßte nur um 1,3% den Einzug in den Bundestag. Seit einem Jahr vertritt sie als Geschäftsführerin des FORUMS NATUR BRANDENBURG die Interessen der Brandenburger Landnutzer.

Zu den Gründen ihres Wechsels sagt Buder: »Ich habe mir diesen Schritt sehr gut überlegt. BVB/Freie Wähler bieten in Inhalt und Struktur die passenden Antworten auf die aktuellen Herausforderungen. Sie haben den direkten Draht zu den Menschen, den es gerade jetzt braucht. Die zunehmende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung ist aus meiner Sicht auf Repräsentationslücken zurückzuführen. Viele Politiker etablierter Parteien sind weit von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt und kennen die alltäglichen Probleme zum Beispiel im ländlichen Raum oder von Familien nicht. Ich möchte meine Kraft dort einsetzen, wo ich etwas bewegen und zum Besseren verändern kann.«

Péter Vida, der Landes- und Fraktionsvorsitzende von BVB/Freie Wähler, freut sich ganz besonders über den Wechsel: »Wir kennen uns seit Jahrzehnten, schätzen und vertrauen uns. Sabine Buder wird uns in den Bereichen Landwirtschaft und Umwelt sowie Familien- und Bildungspolitik bereichern. Als vierfache Mutter, promovierte Tierärztin und aktive Kommunalpolitikerin steht sie voll im Leben und spricht die Sprache der Brandenburger. Mit BVB/Freie Wähler bekommt sie eine politische Heimat, die das Kümmern in der DNA hat.«

So wird die Biesenthaler Stadtverordnete im Barnimer Wahlkreis 15* für BVB/Freie Wähler ins Rennen um ein Mandat im Brandenburger Landtag gehen. Hierzu erklärt Sabine Buder: »Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den vielen entschlossenen Mitstreitern. Gemeinsam werden wir die Landnutzung mit Umwelt- und Tierschutz in Einklang bringen, ohne dabei die Landwirtschaft an den Pranger zu stellen. Mehr regionale Produktion gesunder Lebensmittel steht dabei ganz oben auf der Agenda. Zugleich gilt es, Bildungs- und Betreuungsangebote zu schaffen, die an den Bedürfnissen der Brandenburger Familien orientiert sind und unseren Kindern beste Entwicklungschancen bieten.«

* Der Landtagswahlkreis 15 (Barnim III) umfaßt die Stadt Werneuchen, die Gemeinden Ahrensfelde und Wandlitz sowie die Ämter Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg.

Schon lange vor 20 Uhr drängten sich zahlreiche Besuchergruppen auf das Gelände hinter der Reithalle des Gutes Hobrechtsfelde und suchten nach dem besten Platz für ihre mitgebrachten Sitzgelegenheiten – seien es Klapp- oder Liegestühle, Picknickdecken oder Gartenbänke.

Das Team um CHRISTOPH RECKERT (James Bier & Garten) und TINA PHILIPP (Agrar GmbH Gut Hobrechtsfelde) hatte alle Hände voll zu tun, um die zahlreichen Gäste mit Bratwurst, Halouloumi oder Aperitif zu versorgen. Ein Highlight war die eigens für diesen Abend kreierte und liebevoll zubereitete Melonenbowle.

Bevor der Film gegen 21.30 Uhr starten konnte, hatten die Mitglieder des veranstaltenden Vereins »Kunstbrücke Panketal e.V.« die unangenehme Aufgabe, die letzten Interessierten auf das Gelände zu lassen und den Kassenschluß umzusetzen.

Mit gut 400 verkauften Karten waren wir am Limit. Obwohl wir mit einer hohen Nachfrage gerechnet hatten, wurden wir von dem überwältigenden Interesse überrollt. Das eingezäunte Gelände faßt leider nur eine bestimmte Anzahl von Zuschauern, und wir müssen und wollen die Sicherheit der Men-

Open air Sommerkino in Hobrechtsfelde:

Kultfilm sorgte für starken Andrang

Am 19. August fand auf dem Gutsgelände in Hobrechtsfelde der dritte Film der Sommerkino-Saison unter freiem Himmel statt. In der Rubrik »Kultfilm« wurde der amerikanische Musicalfilm »Dirty Dancing« gezeigt, der mit über 32 Prozent gewählt wurde.

Foto: THORSTEN WIRTH

schen gewährleisten. Es tut uns leid, daß wir potentielle Besucher wegschicken mußten.

Die mehr als 400 Zuschauer genossen unter klarem Sternenhimmel rund 100 Minuten lang einen Musikfilm, dessen Dialoge viele der Anwesenden mitsprechen konnten und der auch mehr als 35 Jahre nach seiner Uraufführung nichts von seinem Charme und seiner Faszination verloren hat. Kurz vor Ende

des Films kam es beinahe zu einer kleinen »Katastrophe«, als der Blu-ray-Player zweimal hakte und es für kurze Zeit so aussah, als müßten die Zuschauer ohne die berühmte Schlussszene nach Hause gehen. Nach einigen bangen Minuten konnte die Vorführung jedoch fortgesetzt werden, was von den Anwesenden mit spontanem Applaus quittiert wurde. Auch nach dem offiziellen Ende des Films blieben viele Besucher noch sitzen und ließen den gelungenen Abend ausklingen.

»Wir freuen uns sehr über den regen Zuspruch und werden auch im nächsten Jahr eine Neuauflage des Open-Air-Sommerkinos in Hobrechtsfelde anbieten. Insgesamt rund 650 Besucherinnen und Besucher sind eine gute Basis für die nächste Saison.« resümierte der Vorsitzende des Kulturvereins, NIELS TEMPLIN, abschließend.

THORSTEN WIRTH

Klar wurde jedoch schon damals: Die Zahl der Impfnebenwirkungen war im Rahmen der Corona-Impf-Kampagne steil nach oben geschneilt. Von 7 Verdachtsfällen in 2020 auf 93 im Jahr 2021. Im Jahr 2022 waren es dann 70 Verdachtsfälle. In einer Übersichtstabelle (Tabelle 1 in Drucksache 7/7490) wird der Anstieg der Verdachtsfallmeldungen von Impfkomplicationen nach dem Infektionsschutzgesetz in den Jahren 2021 und 2022 im Land Brandenburg im Ver-

Nebenwirkungen von Impfstoffen

Potsdam (bvb). Die Landtagsabgeordnete Christine Wernicke (BVB/Freie Wähler) wollte die zahlreichen Fragen in der Bevölkerung nach den Nebenwirkungen von Impfstoffen nicht unbeantwortet lassen. Doch in einer ersten Anfrage waren diese nur unzureichend beantwortet worden.

gleich zu den Vorjahren seit 2012 dargestellt. Dieser Anstieg wird hauptsächlich auf die Einführung der neuartigen Corona-Impfstoffe zurückgeführt. Doch die Landesregierung beantwortete nicht, wie sich die Nebenwirkungen äußern. Wernicke hakte daher mit einer zweiten Anfrage nach.

Gesundheitsministerin Nonnemacher teilte nun mit, welche Impfkomplicationen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) im Land Brandenburg zwischen 2012 und 2022 genannt wurden. Besorgniserregend ist die hohe Anzahl an Impfnebenwirkungen bzw. Verdachtsdiagnosen, die im Zusammenhang mit mRNA-Impfstoffen gegen COVID-19 stehen. Insbesondere der Impfstoff COMIRNATY (BioNTech/Pfizer) wird mit 130 leichten bis schwerwiegenden Impfnebenwirkungen genannt. Es folgt SPIKEVAX (Moderna) mit 37 leichten bis schwerwiegenden Impfnebenwirkungen. Im Vergleich dazu melden Geimpfte bei klassischen Impfstoffen deutlich weniger Impfnebenwirkungen. Etwa bei PNEUMOVAX23 gegen Pneumokokken (15 Impfnebenwirkungen), BOOSTRIX gegen Diphtherie, Tetanus und Pertussis (11 Impfnebenwirkungen) und INFANTRIX HEXA gegen Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Polio, Haemophilus influenzae Typ b, Hepatitis B (11 Impfnebenwirkungen).

Allerdings verschweigt das Gesundheitsministerium weiterhin, wie oft welche Nebenwirkungen bei welchem Impfstoff gemeldet wurden. Die Häufigkeit der Nebenwirkungen im Verhältnis zur Zahl der Anwendungen läßt sich so nicht ermitteln. Dennoch wird aus der Antwort der Landesregierung klar: Der Anstieg der Verdachtsdiagnosen von Impfkomplicationen/Impfnebenwirkungen ab 2021 ist klar auf die mRNA-Impfstoffe gegen COVID-19 zurückzuführen. Christine Wernicke hierzu: »Ich betrachte die übermittelten Daten mit großer Sorge und hoffe, daß alle Betroffenen eine gute medizinische Versorgung erhalten.«

Die Fraktion BVB/Freie Wähler sieht sich zudem in ihrer Position bestärkt, bei der Impfung auf Zwang zu verzichten und auf Freiwilligkeit zu setzen. »Wir waren stets dafür, daß das Land möglichst unkomplizierte Impfangebote bereitstellt. Doch alle Bürger haben das Recht für sich selbst zu entscheiden, ob sie sich impfen lassen oder nicht. Politik und Regierung müssen als Grundlage dieser Entscheidung verlässliche Informationen liefern statt ideologisches Wunschenken. Die Behauptungen des heutigen Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach, die Corona-Impfungen hätten keine Nebenwirkungen, waren unverantwortlich«, so Wernicke.

Wo beginnt der Osten?

Am Sonnabend, dem 23. September, kommt um 20 Uhr das THEATER OLIV aus Mannheim mit seinem Stück »Ostwind - Wo beginnt überhaupt der Osten?« in den Heidekrug nach Joachimsthal (Brunoldstr. 2, 16247 Joachimsthal, www.heidekrug.org). 12 Euro im Vorverkauf, 15 Euro an der Abendkasse.

Zum Stück: BORIS BEN SIEGEL siedelte 1989 von Ostdeutschland direkt in den Ludwigshafener Hemshof. Vom Osten in den Westen. Aus dem Ostblock nach Westeuropa. Als die DDR sich dann in der BRD auflöste, waren alle Deutschen aus dem Osten plötzlich Westeuropäer. Aber sind sie das wirklich?

Eine Performance aus Zeitzeugengesprächen. Eine Performance um Ost und West. Eine Performance, die auch der Frage nachgeht, warum der Ostwind schon wieder so kalt herüberweht. BORIS BEN SIEGEL, VALENTINA SADIKU und CORALIE WOLFF gehen auf die Suche.

RUTH BUTTERFIELD

Zum Tod von Günther Spangenberg (10.12.1935 – 30.08.2023)

Ein ganz persönlicher Nachruf

von Johannes Madeja

Vor wenigen Tagen haben wir noch miteinander telefoniert. Ich habe ihn gebeten, für mich auf seinem Fachgebiet – er ist studierter, promovierter Waldspezialist, Dr. rer. silv. – für mich etwas zu recherchieren. Er hat diesmal nicht, entgegen seiner Art, geantwortet. Jetzt weiß ich warum. Günther ist – für mich ganz plötzlich und unerwartet – verstorben. Ich kann es noch gar nicht glauben.

Ich habe Günther Ende der neunziger Jahre in Eberswalde kennengelernt. Wir haben beide an einer Bürgerversammlung in der Pfingstkapelle in Ostende teilgenommen. Das beherrschende Thema waren damals die Anschlußbeiträge Wasser und Abwasser, die der Wasserverband ZWA – entgegen ursprünglichen Auskünften – plötzlich kassieren wollte. Es gab eine – auch zahlenmäßig – starke Bürgerbewegung gegen die Politik von ZWA, Stadt- und Kreisverwaltung. Im Dezember 1997 kam es in der Bierakademie zum Zusammenschluß der überall im Kreis aktiven Bürgerinitiativen. Wir gründeten den Verein BKB, Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim, als »politischen Arm« der Bürgerbewegung. Günther wurde stellvertretender Vorsitzender für die Ortsgruppe Eberswalde. Der Verein wuchs schnell auf mehrere hundert Mitglieder. Wir gewannen einen Sitz im Kreistag. Dank der Tätigkeit von Dr. Günther Spangenberg und seines engen Gefährten, Orgelbaumeister Ulrich Fahlberg, auch Vorstandsmitglied, gewann die BKB rasch politisches Gewicht. Im Jahr 2003 kandidierte auch Günther für den Kreistag und die Stadtverordnetenversammlung. Er wurde gewählt. Nun im Vorstand der BKB und Mandatsträger hatte er Anteil an Erfolgen wie:

– Die Abwahl des Bürgermeisters Schulz, der die verfehlte Wasserpolitik seines Vorgängers Dr. Mai fortgesetzt hat (obwohl der darüber »gestolpert« ist) und dem Albrecht Triller gar Korruption nachgewiesen hat.

– Diverse Niederlagen des Landrats vor dem Verwaltungsgericht gegen Kläger aus den Reihen der BKB gegen rechtswidrige Gebührenbescheide der Gesellschaft für Abfallwirtschaft (GAB) im Auftrag des Landkreises. Der GAB wurde nachgewiesen, daß sie von den Bürgern 1,5 Millionen Euro Gebühren zu viel kassiert hatte. Der Landrat wurde von der obersten Abfallwirtschaftsbehörde (Ministerium in Potsdam) veranlaßt, die Leistungen Abfallentsorgung – gesetzeskonform – europaweit auszuschreiben mit der Folge, daß die

Gebühren jahrelang stabil blieben! Hier sehe ich eine Aufgabe für den derzeitigen Vorstand der BKB, der so wieder politisches Gewicht erlangen kann.

– Größter Erfolg waren zweifellos hunderte gewonnene Verwaltungsgerichtsverfahren gegen den ZWA, der (trotz Unterstützung durch Bürgermeister und Landrat) auf Anschlußbeiträge Abwasser verzichtete, diese abschaffen und sich Gedanken machen mußte, wie er widerrechtlich kassierte Beiträge zurückzahlt.

Das alles ging mir so durch den Kopf, als ich realisieren mußte, daß Günther Spangenberg, dessen Name mit allen diesen Ereignissen eng verbunden ist, nicht mehr unter uns ist. Günther ist nach Horst Brandenburg und Albrecht Triller nun in diesem Jahr das dritte Mitglied des Gründungsvorstandes, das den 25. Geburtstag der BKB und auch seinen eigenen 88sten Geburtstag, den hätte er am 10.12.23 feiern sollen, nicht mehr erlebt.

Eine Episode ist wohl noch erwähnenswert: Landrat Bodo Ihrke wollte für eine vierte Amtszeit wiedergewählt werden, erhielt jedoch keine Mehrheit. Auch mehrere Stichwahlen im Kreistag endeten im Patt! Es mußte das Los entscheiden. Günther Spangenberg, an Lebensjahren ältester Abgeordneter, sollte eines der beiden Lose ziehen. Er war bereit dazu und er zog – Bodo Ihrke! Damit hatte der Barnim wieder den alten neuen Landrat, zwar nicht gewählt, aber gelost! Günther, der nach eigener Aussage wohl eine »unglückliche Hand« hatte, hat seine Bereitschaft, Glücksfee zu sein, zwar bedauert, aber den – auch bösen – Spott gekonnt weggesteckt!

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde und des Kreises Barnim, besonders die Mitglieder der BKB, sind Dr. Günther Spangenberg zu Dank verpflichtet. Dieser Dank fiel zu seinen Lebzeiten recht spärlich aus, aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Mein Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seiner Familie und allen denen, die ihn geschätzt haben und die ihn nun – wie ich – vermissen.

BBP-Bücherkiste

Am 19. August hatte der Barnimer-Bürgerpost-Verein seine Helfer (Verteiler, Korrekturen, regelmäßige Autoren und weitere aktive Unterstützer) zu einem Sommerfest eingeladen. Trotz der Hitze an diesem Tag kamen etwa vierzig von ihnen ins Dietrich-Bonhoeffer-Haus. Die BBP-Bücherkiste wurde aus diesem Anlaß »ausgeschüttet«. Viele der Bücher fanden einen neuen Besitzer und viele Euros landeten in der aufgestellten Spendenbüchse.

Die verbliebenen Bestände aus dem Bücherschrank von NORBERT GLASKE sind noch nicht vollständig gesichtet. Daher stammen die Angebote unserer dritten Bücherkiste aus den Alt-Beständen der BBP-Bücherkiste mit Büchern von unseren Autoren.

Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird einmal im Monat, immer zusammen mit der jeweils aktuellen BBP.

• **Kurt Kretschmann (Leiter des Autorenkollektivs): Dr.-Max-Kienitz-Lehrpfad in Bad Freienwalde**, PDS Öko-Hefte Nr. 1 – 1995, 20 Seiten, Herausgeber: Prof. Dr. Bernhard Gonnermann, Spende.

Mit der kleinen Bad Freienwalder Umweltgruppe der PDS schuf Kurt Kretschmann im Herbst 1993 den »Dr.-Max-Kienitz-Lehrpfad«, der dazu dienen soll, den Menschen in ihrer näheren Umgebung Entspannung und Wissen zugleich zu verschaffen. Lehrpfade in der Natur sind bestens dazu geeignet, die Heimatliebe zu wecken oder zu vertiefen und Bewohner als auch Besucher mit der Geschichte und Natur eines Ortes vertraut zu machen.

• **Hans Jörg Rafalski: eberswalde, zeitspalten**, Rafalski Graphics, Eberswalde 1997, Bild- und Textband in hochwertigem Druck, 5 Euro.

Wenn innerhalb kurzer Zeit nicht nur das Erscheinungsbild, sondern vielmehr noch der Charakter einer Stadt vollkommen transformiert wird, können temporäre Verwerfungen Bilder der Vergangenheit oder der Zukunft wie Luftspiegelungen der Realität zur Seite stellen – gleich Spalten im Fluß der Zeit.

• **Kurt Kretschmann: Dem Weißstorch zuliebe**, Naturschutzbund Dtl. (NABU) e.V., Spende.

Ein Gruß aus dem Storchmuseum im Storchenturm von Rathsdorf-Altgau.

• **Jürgen Gramzow: Was macht das Rentier auf dem Friedhof?**, Presse- und Medienbüro Eberswalde 2016, 109 Seiten, 7,80 Euro.

Ein buntes Sammelsurium kurzer Geschichten, die zwischen 2012 und 2016 entstanden und zum Teil in der »Barnimer Bürgerpost« oder in »Maxe«, dem Kiezmagazin für das Brandenburgische Viertel, erschienen sind. Es geht um den Alltag, das Leben und die Natur. Auch lokale Themen werden kurzweilig behandelt und das schwierige Thema Politik ist ebenfalls kein Fremdwort für den Autor.

Hutkonzert im »Brot und Kunst«

Sacha Lej lädt ein zu einem Hutkonzert in den schnuckeligen Biergarten vom »Brot und Kunst« in Oderberg. Am Sonnabend, den **16.9., Beginn 19 Uhr, Angermünder Straße 57 in 16248 Oderberg**. Sascha Lej singt von Ausnahmezustand, Einkehr und rEVOLution. Gitarrenfolk, Stimmenbossa und Beatboxreggae als dichte Live-Loopings oder pure Lieddichterhymnen. Ein Abend zum Mitgrübeln, Schmunzeln und gerne auch zum Mitsingen.

»Das Kombinat«

Nach einer tollen Premiere auf dem Filmfest München startet unser Dokumentarfilm DAS KOMBINAT am 28.9. in den deutschen Kinos (www.realfictionfilme.de/das-kombinat.html).

Am 4.10. kommen wir nach Eberswalde ins MovieMagic. Los gehts um 20 Uhr. Mit dabei ist Simon vom KARTOFFELKOMBINAT – und natürlich bin auch ich da (moviemagic-eberswalde.de/programm/film/das-kombinat).

Auch nach zehn Jahren bin ich weiter von der Idee der *Solidarischen Landwirtschaft* begeistert. Da steckt viel Potential drin, die Dinge radikal anders zu machen. Und das müssen wir in meinen Augen. Das Umzusetzen ist allerdings nicht immer einfach. Auch das zeigt der Film. Nach 15 Jahren Auseinandersetzung mit alternativen Konzepten war das auch eine ganz persönliche Erkenntnis. Ich hoffe der Film ist somit auch eine Stütze für die, die gerade am Anfang stehen, Probleme und Fallstricke gleich mitzudenken. Und für die, die gerade mittendrin stecken, eine Ermutigung weiterzugehen. Denn trotz aller Höhen und Tiefen gibt es nach über 12 Jahren das KARTOFFELKOMBINAT noch immer.

Zur Vorführung in Eberswalde wird es ein kleines Rahmenprogramm geben mit einigen lokalen Akteuren. Die HNEE unterstützt uns dabei. Reserviert euch am besten gleich 'ne Karte fürs Kino. Das hilft uns bei der Planung (moviemagic-eberswalde.de/booking/66376).

MORITZ SPRINGER

Es lebe der Sozialstaat?

Autofreie Rentner werden es zu schätzen wissen, daß sich der Preisanstieg der Treibstoffe verlangsamt, was zum relativen Rückgang der Inflation auf 6 Prozent beigetragen hat, so daß der Anstieg der Lebensmittelpreise um 14 bis 20 Prozent für sie sicher »leichter« zu verkraften ist.

Daß der Rückgang der Inflation nicht zuletzt vom Anstieg der deutschen Hochrüstung und des Profits »positiv« beeinflusst ist, soll der Vollständigkeit wegen mindestens Erwähnung finden.

Da fühlt sich der Kanzler doch sicher bestätigt, als er auf seiner Sommerreise nach dem Inflationsausgleich für Rentner gefragt wurde und meinte: »Wissen Sie was das kosten würde? Setzen Sie sich mal wieder.« Da hatte er gerade erfahren, daß seine Inflationsprämie als Beamter 3.000 Euro betragen wird. Rechtfertigend schob er hinterher, daß er diesen Betrag natürlich spenden werde.... (da spart er dann nämlich 50 Prozent Einkommenssteuer, fast wie bei CumEx, als die cleveren Kapitalanleger Einkommenssteuer erstattet bekamen, die sie gar nicht bezahlt hatten).

Die Rentner haben gefälligst die Kosten von Inflation, Hochrüstung und besonders die 20 Prozent Mehrkosten für Lebensmittel und »Waren täglichen Bedarfs« zu tragen. Mehr Sozialstaat können wir uns nicht leisten, sagt Christian Lindner!

BERND C. SCHUHMAN

WIR DÜRFEN NICHT AKZEPTIEREN, DASS DER KRIEG UNVERMEIDLICH IST, DASS DIE MENSCHHEIT DEM UNTERGANG GEWEIHT IST, DASS WIR VON KRÄFTEN ERGRIFFEN SIND, DIE WIR NICHT KONTROLLIEREN KÖNNEN. (...) UNSERE PROBLEME SIND VON MENSCHEN GEMACHT – DAHER KÖNNEN SIE AUCH VON MENSCHEN GELÖST WERDEN.

John F. Kennedy, *Friedensrede* (1963)

DIE BESEITIGUNG EINES STRATEGISCHEN GEGNERS OHNE EINSATZ VON US-TRUPPEN IST DER GIPFEL DER PROFESSIONALITÄT. SO KÖNNEN WIR UNS AUF DAS KONZENTRIEREN, WAS WIR GEGEN UNSEREN HAUPTGEGNER TUN SOLLTEN, DER IM MOMENT CHINA IST.

US-General Keith Kellog (28.2.2023 im Streitkräfteausschuß des US-Senats)

Zum Sommerfest der »Barnimer Bürgerpost« hatte sie ihr Kommen fest zugesagt. Doch wir warteten vergebens. Erst später erfuhren wir den Grund.

Dora Duhn

lebt nicht mehr. Am 26. August 2023 ist sie im Alter gestorben. Wir verlieren eine gute Freundin, die seit vielen Jahren in Melchow dafür sorgte, daß die »Barnimer Bürgerpost« in die Briefkästen der Abonnenten kommt.

Politisch engagierte sich Dora in der PDS und später vor allem in der Bürgerinitiative Wasser-Abwasser im Gebiet des Wasser- und Abwasserverbandes »Panke/Finow« und moderierte unter anderem viele der weit über hundert Dienstademos auf dem Bernauer Marktplatz. Vor allem in diesem Zusammenhang schrieb Dora auch Artikel für unsere Leserschaft.

Unsere Gedanken sind bei ihrer Familie. In unserer Erinnerung wird sie weiterleben.

Dr. MANFRED PFAFF,

Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 9 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 6. September 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 11. Oktober 2023.